

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großh. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit Illustr., Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 M. — Durch die Post bezogen 2.— M., ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206. **Postkontos:** Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72206

Inseratenpreise: Die 10spalt. Kolonelle 35 Pf., bei Flahvorschrift 40 Pf. Stellenangebote 10spalt. Kolonelle 25 Pf. Familiennachrichten von Privatpersonen 10spalt. Kolonelle mit 50% Nachsch. Restameise 2 M. Inserate v. ausw. die 10spalt. Kolonelle 40 Pf. bei Flahvorschrift 50 Pf. Restameise 2.25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Aussträger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Auf zwei Fronten!

Stalin in der Klemme

Von Peter Garw.

Der bolschewistische Olymp ist wieder mit Gewitterwolken umhüllt. Mit der Erledigung der Trozki-Opposition schien die Götterschlacht auf immer aufgehört zu haben. Aber die akute Wirtschaftskrise, die durch den Linkstums veranlaßt wurde, hat auf neue die Gegensätze innerhalb der herrschenden Partei aufgeweckt. Der Siegerblod Stalin-Kyrow steht vor der Auflösung. Selbst die bestiegten „Götter im Exil“ mit Trozki an der Spitze beginnen, durch die unaufhörliche Krise beflügelt, wieder rührig zu werden. Der Kleinherrscher Stalin wird von links wie von rechts immer mehr bedroht. Seine schwankende Zirkuspolitik kann niemanden befriedigen und drängt zur endgültigen Entscheidung.

Die Götter zögern und zanken auf dem mit Wolken umhüllten Olymp. Und dort, ganz unten walt und murrst der dunkle und gefahrbergende Bauern-Acheron. So ist die Lage jetzt in Rußland. Es wird wieder schwül wie vor einem Gewitter.

Stalin steht vor einer Wahl. Aber er zaudert. Er sucht der Entscheidung aus dem Wege zu gehen. Er will eine Mittelpartei ohne Verlust spielen. Er verflücht den heiligen Krieg auf zwei Fronten: nach links und nach rechts.

Zu diesem Zweck hat Stalin den 6. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale geschickt ausgenutzt. Von den rechten und linken Regern beizeiten „gereinigt“, hat der Weltkongreß bekanntlich die Politik Stalins untertänig — selbstverständlich einstimmig — gebilligt. Er hat Stalins Feinde den Bannfluch erteilt. Seine Kampfansage gilt nicht nur dem äußeren Feinde, der internationalen Sozialdemokratie, sondern auch den inneren Feinden, der linken und der rechten „Abweichungen“ in der Komintern und insbesondere in der KPSU.

Kampf auf zwei Fronten! — lautet die Parole des 6. Weltkongresses der Komintern. Kampf auf zwei Fronten — ertönt aus den Spalten der bolschewistischen Presse. Kampf auf zwei Fronten! lauten unzählige Resolutionen, die nach dem Winke aus Kreml in allen Parteiverfassungen in Sowjetrußland gefaßt werden.

Und vor allem gilt die Kampfansage dem Trozkiismus. Wie? Ist denn der Trozkiismus nicht längst „begraben“?

Nach wie vor vegetiert Trozki, von den Tschekisten totlicher überwacht, in dem politischen Kurort Alma-Ata (Asten). Seine Schüler und Anhänger befinden sich gleichfalls in der Verbannung oder in den Gefängnissen, — insofern sie ihren Führer nicht verraten und dem schmachvollen Beispiel von Sinowjew und Kamenev nicht gefolgt waren. Manche wie Toffe — haben sich das Leben genommen. Das Geschwür des Trozkiismus schien mit Glühessen restlos ausgebrannt zu sein.

Und auf einmal erfahren wir, daß der Trozkiismus ein lebender Leichnam ist! In seinem jüngsten Vortrag teilt Bucharin mit (Prawda Nr. 212), daß Trozki an den soeben stattgefundenen Weltkongreß der Komintern appelliert und seine Wiederaufnahme in die Komintern gefordert hat.

Er habe dem Kongreß sogar seinen eigenen Gegenentwurf des kommunistischen Programms eingebracht, worin er die Theorie und die Praxis des Stalinismus als eine kleinbürgerliche Abweichung vom Leninismus gebrandmarkt und seine lehrerischen linkskommunistischen Grundzüge und Forderungen wiederholt habe. Auch die ultra-linke Sapronow-Gruppe hat den Kongreß mit Dokumenten überhäuft. Dabei stellt Bucharin mit Entrüstung fest, daß alle diese Dokumente, zwar im gemäßigtem Ton verfaßt, keine Spur von Bußfertigkeit und Umkehr zeigen. Im Gegenteil!

Der Weltkongreß der Komintern hat bekanntlich alle Appellationen der Oppositionellen (auch der ausländischen wie Ruth Fischer, Maslow, Suzanne Girault, Bordiga) einstimmig verworfen. Er hat den Bannfluch gegen die Trozki-Regerei und gegen die Reyer selbst gutgeheißen. Aber ist es nicht merkwürdig, daß der Weltkongreß der Komintern so viel Zeit und Mühe der Widerlegung des „begrabenen“ Trozkiismus einräumte? Molotow stellt sogar fest (Prawda Nr. 213), daß „die Einheit der Komintern auf der Grundlage der Überwindung des Trozkiismus erreicht wurde“.

Es war ein wahrhaftig tragikomisches Schauspiel, als in der Sitzung vom 23. August eine Auslandsdelegation nach der anderen dem Weltkongreß ihre untertänigen „Erklärungen“ vorgelesen hatte, worin die Stalinsche Politik in Sowjetrußland hochgepriesen, die Trozki-Opposition dagegen geächtet wurde. Unglückliche! Die gehorsamen Landsknechte Stalins wußten nicht, daß, indem sie den Trozkiismus verfluchten, sie sich von dem Altbolschewismus, von den Oktoberrevolutionen losmachten.

Der ganze Spektakel wäre unbegreiflich, wenn es sich nicht um die Wiedergeburt der Trozki-Opposition in Rußland handeln würde. Und in Wirklichkeit erfahren wir aus der in der Prawda vom 13. September abgedruckten Entschließung des Moskauer Komitees, daß die „Überreste“ der Trozkiistischen Gruppen in der letzten Zeit versuchen, „die Parteien zu desorganisieren und die Parteiführung zu diskreditieren.“

Diese unerwartete Wiedergeburt der „erledigten“ Trozki-Opposition ist auch leicht erklärlich. Die andauernde Wirt-

Der Theaterbrand in Spanien

Bisher 110 Tote geborgen

Die Gesamtzahl der Opfer noch nicht ermittelt

Nach den in den Morgenstunden aus Madrid vorliegenden Meldungen wurden bisher aus den Trümmern des Theaters 110 Leichen, darunter die von elf Kindern, geborgen. Die Zahl der Verwundeten ist auf 400 angewachsen.

Ueber die Entstehungsurache des Brandes gehen die Meinungen auseinander. So wird behauptet, der Brand sei durch ben-galische Feuer entstanden, die auf der Bühne angezündet waren. Von hier aus hätte das Feuer auf Dekorationsstücke übergegriffen. Nach Aussagen des Beleuchtungsinspektors, der sich kurz vorher über den Zustand der elektrischen Einrichtungen unterrichtet hatte, soll Kurzschluß als Entstehungsurache nicht in Frage kommen.

In dem Theater haben sich fürchterliche Schreckensszenen abgespielt. Bei dem Drängen nach dem Ausgang wurden viele Menschen, ohne sich verteidigen zu können, niedergetreten. In der Erkenntnis, daß jeder Fluchtversuch vergebens war, suchten einige wieder in das Innere zurückzukehren und warfen sich in die Flammen. Man sah sie hier als lebendige Statuen zwischen den verkohlten Leichen. Bald nach Ausbruch des Brandes stürzte auch das Dach ein und begrub die Unglücklichen unter sich.

Am Dienstag, 11 Uhr, wird ein Teil der Opfer der Brandkatastrophe auf dem Ostrichhof in Madrid auf Regierungskosten öffentlich beigesetzt werden. Die Regierung und sämtliche öffentlichen Organisationen werden durch Abordnungen vertreten sein.

Leichenräuber an der Arbeit

Eine Anzahl der aufgefundenen Leichen ist ausgeraubt worden. Verschiedene Personen wurden als der Tat verdächtig verhaftet.

Ueber den Verlaufs der Brandkatastrophe selbst wird noch berichtet, daß die Feuerlöschapparate des Theaters offenbar nicht in Ordnung waren. Das Theater sei den Behörden bereits mehrmals als sehr feuergefährlich gemeldet worden. Die Behörden hätten seit längerer Zeit Maßnahmen für die Erhöhung der Feuerlöschererwartung erwogen. Hier Richter sind mit der Untersuchung der Angelegenheit beauftragt worden.

Zwischen verschiedenen Leichen wurden Messer aufgefunden,

woraus man schließt, daß einzelne Personen versuchten, sich mit dem Messer einen Weg durch die Menschenmassen zu bahnen. Verfaßene Leichen weisen auch Schnittwunden auf.

Einzelne Familien sind außerordentlich schwer betroffen, da fünf, sechs und mehr Personen einer einzigen Familie umgekommen sind. Das Personal des Theaters ist mit Ausnahme einer Choristin wohlbehalten. Der Orchesterdirigent wurde leicht verletzt.

Wie entstand der Brand?

111 Berlin, 24. September.

Wie die BZ aus Madrid meldet, sind bisher aus den Trümmern des niedergebrannten Theaters 63 Leichen geborgen worden. Man nimmt an, daß noch über hundert Tote unter den Trümmern liegen. Das Theater hatte sechs Ränge, saß etwa 3000 Zuschauer und war zur Zeit der Katastrophe voll besetzt.

Die Vorstellung brachte ein lustiges Singspiel. In einem Akt traten Tänzerinnen auf, die bei verdunkelter Bühne mit durch Glühbirnen vergrößerten Stäben tanzten. Vielleicht war diese elektrische Einrichtung schlecht konstruiert; denn die Katastrophe entstand durch Kurzschluß. Wöchentlich zünden Funken an den elektrischen Stäben entlang, und mit einem Male zerplatzten alle Glühlampen, so daß im Hause völlige Dunkelheit eintrat. In diesem Augenblick schlugen auch schon helle Flammen aus den Umkleieräumen der Tänzerinnen. Im Nu fingen die Ruffen Feuer und dichter Rauch verhäufte die Bühne, über die in rasender Eile Schauspieler und Arbeiter flüchteten. Der leichte Vorhang hing ebenfalls sofort Feuer und fiel brennend in den Zuschauerraum. Ein eiserner Vorhang war nicht vorhanden.

Die Bergung der Opfer

111 Madrid, 24. September (21.00 Uhr).

Die Aufräumungsarbeiten auf der Brandstätte des Theaters Novedades schreiten nur sehr langsam fort, da die Trümmer des vollständig eingestürzten Theaterbades den Saal in einer Höhe von über 2 Meter bedecken, und das Feuer trotz der von der Feuerwehr unaufhörlich in die Glut geschleuderten Wassermassen noch immer schweilt. Es ist also bisher unmöglich, auch nur annähernd die genaue Anzahl der Todesopfer anzugeben, zumal es fast sicher ist, daß mehrere Leichen oder Leichenteile noch unter den Trümmern liegen. Die geborgenen Leichen sind vielfach derartig verflümmelt, daß ihre Identifizierung unmöglich ist. Der Zustand zahlreicher Verletzte ist verzweifelt. Die zum Theater führenden Straßen sind schwarz von Menschen, und die Polizei und Gendarmen haben große Mühe, die Menge von der Brandstätte zurückzuhalten.

schaftskrise und die auffallende Hilflosigkeit der Stalinschen „Führung“ erzeugen eine zunehmende Unzufriedenheit in den Parteikreisen, die auch sonst zu den Kriegskommunistischen Methoden neigen. Die jüngste zwar sehr schäuderhafte Rechtslenkung Stalins verstärkt die linkskommunistischen Stimmungen in der Partei um so mehr, als Trozki seinerzeit „vorausgesagt“ hatte, daß der Stalinsche Linkstums sich bald als ein Parteiänderer gegen die Opposition entpuppen werde.

Aber dieselben wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten, die gegenwärtig die Trozkiistischen Elemente beflügeln, haben auch den rechten Flügel der Partei gegen die Stalinsche Führung aufgebraut. Stalins Zirkuspolitik, die bald nach links, bald nach rechts schwankt, wird auch von rechts schärfer Kritik unterworfen. Die Kyrow-Gruppe hat ihrerseits die verhängnisvollen Wirkungen des Linkstums „vorausgesagt“. Die zunehmende Unzufriedenheit der Bauernschaft, die andauernden Schwierigkeiten bei der Getreidebereitstellung, die drohende Einschränkung der Saatfläche, das Ausbleiben des Getreideexports, der Rückgang der Industrieproduktion in den letzten Monaten, der wachsende Waren- und Produktmangel, — alles dies wird auf die Rechnung des Linkstums, d. h. Stalins gestellt, denn Stalin war es, der

Um „Wendepunkt“

Monarchistisch-nationalistische Kundgebung in Berlin

SPD Berlin, 25. September (Radio).

Am Montagabend haben sich Stahlhelmführer und Deutschnationale in der Neuen Welt in Berlin ein Stellbühnen gegeben und dazu eine Menge Menschen und Fahnen aufgeboden. Der Stahlhelmmann Morozowich wetteuerte gegen „das niederträchtige System“, das seit zehn Jahren Deutschland an den Abgrund gebracht und innerlich und äußerlich bankrott gemacht hat. Oberst Strunsew von den Vereinigten Vaterländischen Verbänden bezeichnete die Kundgebung als einen Wendepunkt in der Geschichte Deutschlands (!) und als einen Auftakt zu einem Kampf, der mit der Kaiserkrönung enden werde. Die Tatsache, daß auch Graf Westarp bei dieser monarchistisch-nationalistischen Kundgebung eine Oppositionsrede gegen Locarno hielt, zeigt aufs neue, was feierliche deutsch-nationale Erklärungen für die Republik wert sind.

auf dem 15. Parteitag der KPSU am Ende des vorigen Jahres den Linkstums inauguriert hatte, um der Trozki-Opposition den Boden zu entreißen.

Die Wirtschaftskrise dauert an. Die Erweiterung der KPSU tut Not — und die schließlichen, widerspruchsvollen, ungenügenden Palliative Stalins scheinen dem rechten Flügel der herrschenden Partei keine geeigneten Mittel zur Überwindung der Krise zu sein, die der Diktatur selbst zu drohen beginnt.

So wächst von Tag zu Tag die Opposition von rechts, die einstweilen keine „Gruppierungen“ bildet, um nicht den Boden der Legalität gleich den Trozkiisten zu verlieren, die aber ungemein stärker in der russischen Wirklichkeit verankert ist, als die geschichtlich unmögliche Linksoption. Nicht umsonst polemisierte vor kurzem Stalin selbst gegen die „Bauernphilosophen“, unter denen freilich die Führer der rechten Richtung Kyrow und Kalinin gemeint sind. Und nicht umsonst schlägt Stalins Sprechchor Bucharin Alarm. Die rechte Abweichung, — so führt die Prawda vom 13. September aus, — „äußert sich in der Verkennung der Entscheidungen des 15. Parteitages der KPSU über den verstärkten Kampf gegen das „Kulakentum“ (d. h. gegen die bemittelten Bauern), über die forcierte Kollektivierung der Bauernwirtschaften und über die Gründung der Staatsgüter.“

Der rückwärtslose Kampf auf zwei Fronten, der wiederum mit großer Aufmachung verkündet wird, bedeutet eigentlich nur, daß Stalin, dessen Stellung in der letzten Zeit erschüttert zu sein scheint, auch weiter versuchen wird, gleich einem Seiltänzer zu balancieren und einen Parteiflügel gegen den anderen auszuspielen.

Diese akrobatische Politik kann unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Rußland noch lange dauern. Immerhin führt die Wirtschaftskrise zur politischen Krise. Unter der terroristischen Diktatur, die jede politische Selbstbetätigung des Volkes ausschließt, äußert sich die politische Krise oben in dem verschärften Claquekampf um die Macht, unten in den spontanen, elementaren Bewegungen der Bauernschaft, während die unterdrückte und desorientierte Arbeiterklasse einstweilen keine politische Aktivität äußern kann. Die Gefährlichkeit dieser Entwicklung für die Schicksale der Demokratie und des Sozialismus in dem zukünftigen Rußland liegt auf der Hand, . . .

„Eine merkwürdige Delegation“

Breitscheid — v. Rheinbaben — Kaas

Wir verweisen bereits auf die Differenzen, die sich zwischen den Vertretern des Parlaments bei den Rheinlandverhandlungen in Genf ergeben haben. Nimmere berichtet die Frankfurter Zeitung in einem Aufsatz, der sich eingehend mit den Problemen der Rheinlandräumung beschäftigt, eingehender über die Gegensätze unter den deutschen Delegierten, die dem Parlament entnommen wurden. Sie schreibt unter der Stichmarke „Eine merkwürdige Delegation“ das Folgende:

„Man muß das offene Wort ausgesprochen werden.“ Schon wenn man von dem wirklich verantwortlichen Teil der Delegation die Rede war, mußte das merkwürdige klingen. Doch tatsächlich besteht die deutsche Delegation aus Männern, die verantwortlich an ihren Arbeiten teilnehmen, und aus solchen, die sich nicht verantwortlich fühlen. Diese letzteren sind die parlamentarischen Delegationsmitglieder. Sie sind infolgedessen auch nur suppleants und nicht richtige Delegierte. Ueber die Zusammensetzung der deutschen Delegation mußte man sich schon bei früheren Gelegenheiten wundern. Der Minister und zwei seiner Beamten kamen auf erster Stelle, die Vertreter des deutschen Volkes jedoch erst an der zweiten. Etzrätlich war dieser Zustand, solange Stresemann da war. Schubert und Haus sind ja sowieso zwei Beamte, die sich um den Wiederaufstieg Deutschlands hochverdient gemacht haben und deshalb mit dem Außenminister zusammen ein Triumvirat bildeten, das zusammengehörte. Durch die Unterstützung seiner beiden sachmännischen Berater erhöhte sich die Autorität des Delegationsführers gegenüber den anderen Delegationsmitgliedern, so daß eine wirkliche Delegationsmeinung zustande kommen konnte. Dieses Mal führte der Zustand jedoch zur Arbeitsunfähigkeit. Der Reichstanzler, der den ekrantischen Stresemann ersetzte, erwies sich als ein sehr loyaler Mann. Er folgte den Ratschlägen seiner beiden Untergebenen und ließ sich dabei durch keinerlei Parteinteresse irreführen. Als es aber gegenüber dem französischen Kommissionsvorsitzenden zunächst auf eine positive Einstellung angekommen wäre, schwebten in der entscheidenden Delegationsstunde die an sich positiv eingestellten beiden Beamten gegenüber der heftigen Opposition gewisser, an anderen Strängen ziehenden Delegierten, so daß der Delegationsführer die Linie verlor.

Die an anderen Strängen ziehenden Delegierten waren die Abgeordneten von Rheinbaben und Kaas. Gegen den letzteren kann sicher nicht der Vorwurf erhoben werden, er habe sich in nicht zu rechtfertigender Weise benommen. Höchst bedauerlich war jedoch, entgegen seinem Benehmen bei früheren Tagungen, die absolut klare Haltung, die er, der Repräsentant des Zentrums, dieses Mal einnahm. Es sind dafür Parteilinien angegeben worden, die wir ganz gewiß nicht geltend machen wollen. Um so unerklärlicher bleibt sein diesjähriges Auftreten. Was dem Abgeordneten Kaas nicht vorgeworfen werden kann, muß indessen seinem Kollegen v. Rheinbaben aufs nachdrücklichste vorgeworfen werden. Dieser hielt es für richtig, im Garten des Bitterbundssekretariats eine Pressebesprechung abzuhalten, in der er vor getrossener Entscheidung aufs härteste nicht allein in abnehmendem Sinne polemisierte, sondern sich auch noch gegen gewisse Maßnahmen beim Abschluß des Vertragswortes von Locarno, somit gegen seinen Parteiführer und Freund Stresemann, wandte. Er hielt es ferner für richtig, eine ganze Reihe von ausländischen Pressevertretern zu empfangen, die er vermutlich in gleicher Richtung orientiert hat. Sein Verhalten, das zum Gesprächsstoff des ganzen Wölferbundes wurde, zeigt ein Gefühl von Verantwortunglosigkeit an, das nicht gebührend werden dürfte. Man überlege sich, wie die deutsche Öffentlichkeit etwa über den sozialistischen Reichstagsabgeordneten Breitscheid herfallen würde, wenn diesem einfallen sollte, sich in umgekehrter Lage ebenso zu benehmen.

Mit der deutschen Delegation stimmt es nicht, und es ist, was sie betrifft, von dringendem Interesse, nach dem Rechten zu sehen. Bei alledem beachte man, daß Herr von Rheinbaben der Deutschen Volkspartei, also der Partei Stresemanns zugehört. Der Prälat Dr. Kaas ist einer der Prominenten der Zentrumspartei, der schon mehrfach als Nachfolger Stresemanns genannt worden ist. Die Volkspartei und das Zentrum sind die wichtigsten Partner der Großen Koalition. Jedenfalls eröffnen die Treibereien der Kaas und von Rheinbaben düstige Perspektiven für die Kämpfe, die im Lager der Großen Koalition während der kommenden Wochen entstehen werden.

Für Mittwoh ist der Auswärtige Ausschuss zusammenberufen worden, in dem über die Seitensprünge, insbesondere des Herrn von Rheinbaben, Klarheit geschaffen werden mußte.

Die Mehrheitsbildung in der Kammer

Eine Rede Renaudels

SPD Paris, 24. September.

Das nahe Ende der Parlamentsferien hat die Kontroverse um die erdgiltige Majorität in der neuen Kammer wieder belebt. In seinem Wahlkreis hat Renaudel am Sonntag eine Rede gehalten, die deutlich zeigt, daß die Hoffnungen eines Teiles der Sozialistischen Partei auf ein Zusammengehen mit den Radikalen auch während dieser Legislaturperiode keineswegs geschwunden sind. Renaudel will freilich zuerst die Gewißheit haben, daß es sich um eine wirklich zu Reformen einschlägige Majorität und nicht nur um eine „republikanische Eitette“ handeln würde. In ersterem Fall sei die Sozialistische Partei durchaus zur Zusammenarbeit mit den Radikalen bereit. Renaudel schlug schließlich eine Einigung auf der Basis des Programms der sozialistischen Gewerkschaften vor. Die Stunde der nationalen Union, die die bürgerliche Demokratie zur Schleppträgerin der Reaktion gemacht habe, sei endgiltig vorüber.

Diese Aeußerungen Renaudels haben am Montag eine starke Dämpfung durch einen Artikel Leon Blums erfahren, der alle Gerüchte von Absichten zur Wiederaufnahme der Kartellpolitik energisch dementiert und erklärt, daß die künftige Haltung der Sozialisten allein von der Haltung der Radikalen bestimmte werde, deren Beschüsse auf dem Parteitag in Angers man abwarten müsse. Die von Blum ausgedrückte Ansicht entspricht fraglos den Auffassungen der Mehrheit der Sozialistischen Partei.

Kabinettsitzung in London

III London, 24. September.

Die erste Sitzung des englischen Kabinetts nach Abschluß der politischen Ferien, die Montag nachmittag abgehalten wurde, dauerte rund 1 1/2 Stunde. Diese erste Besprechung stellte nur eine erste Erörterung der allgemeinen Lage dar. Der Bericht Lord Cullenduns über seine Genfer Besprechungen füllten den Hauptteil der Verhandlungen aus. Vor der Kabinettsitzung hatte Ministerpräsident Baldwin Konferenzen mit verschiedenen Persönlichkeiten. Vor allem mit dem Vorsitzenden der konservativen Parteiorganisation, Davidson, um die letzten Entscheidungen für die konservativen Jahrespartei-Konferenz zu treffen, die am kommenden Donnerstag in Dartmouth eröffnet werden wird. Der konservativen Parteitag ist von großer Bedeutung, da auf ihm das Programm festgelegt werden wird, mit dem die konservative Partei im nächsten Jahre vor die Wähler tritt.

England erkennt Albanien an. Am Sonnabend hat der englische Gesandte dem Ministerpräsidenten ein Schreiben überreicht, in dem die englische Regierung bekanntgibt, daß sie das Königreich Albanien anerkennt.

v. Gerlach und das Volksbegehren

Was die SUZ nicht zitiert

Der Aufruf des Parteivorstandes hat in der Redaktion der SUZ katastrophale Folgen gehabt. Den ganzen Sonntag über haben die Redakteure beieinander gesessen, um sämtliche Zitatenjude umzustülpen. Das Ergebnis war, daß die Richtigkeit der Zitate, die in dem Aufrufe verwandt wurden, nicht zu bestreiten ist. An die Spitze eines drei Spalten langen Abwehrartikels bringt sie einige Sätze aus einem Leitartikel der Welt am Montag, die der bürgerliche Pazifist Helmut von Gerlach geschrieben hat. B. Gerlach erklärt sehr richtig, daß ohne das Verhalten der vier Minister das Volksbegehren wohl nicht gekommen wäre. Er sei für die Beteiligung am Volksbegehren, weil er glaube, daß dadurch die Einberufung des Reichstages und eine Entscheidung desselben herbeigeführt werden könne.

„Der Volksentscheid“, so schreibt er weiterhin, „ist zwecklos. Die für ihn nötigen Stimmen sind nie aufzubringen.“

Herr von Gerlach macht also einen Unterschied zwischen Volksbegehren und Volksentscheid. Ueber seine Beweggründe läßt sich streiten. Daß aber die SUZ einen bürgerlichen Pazifisten, Herrn von Gerlach, als Kronzeugen ins Feld führt, kennzeichnet erneut die Haltung der SPD. Dies um so mehr, als sie Herrn von Gerlach nur halb zu Worte kommen läßt. Zur Ergänzung des Bildes seien wir unsern Lesern mit, was Herr v. Gerlach sonst über das Volksbegehren der Kommunisten schreibt. In seinem Aufsatz wird u. a. gesagt:

„Bei dem Volksbegehren ist sehr scharf zu unterscheiden zwischen den Beweggründen seiner Urheber und seinem sachlichen Inhalt.“

Aussagen des Regierungsrates Steiger

Der Kriegsangeleihebetrug

Wie die Schwindler arbeiteten

III Berlin, 24. September.

Nach vor Abschluß des gegen ihn eingeleiteten Disziplinarverfahrens ist Regierungsrat Steiger am Montagvormittag vom Untersuchungsrichter vernommen worden, über die Art und Weise, wie die Kriegsangeleihefalscher gearbeitet haben, um sich „amtliche Beziehungen“ zu verschaffen.

Das Häfshertonforum ist dabei in der denkbar raffiniertesten Weise zu Werke gegangen. Bela Groß hatte in Wien einen Produzenten namens Hausmann, einen Tschechoslowaken, der eines Tages seinen Posten bei Groß verlor und nun als Vertreter für das Bankhaus Groß weiterarbeitete. Hausmann kam nach Berlin und suchte hier zunächst zu erkunden.

Durch wen er Eingang in das Finanzministerium finden könne. Durch Mittelsleute erfuhr er, daß Regierungsrat Steiger über weitreichende Verbindungen verfüge. Er hatte sehr bald heraus, daß Steiger in Wohnungsfragen viel mit Mietervereinigungen zu tun hatte, und ließ sich nun durch einen Vertreter der Mieterchaft zunächst dem Regierungsrat vorstellen, ohne anfänglich direkt auf sein Ziel loszugehen. Vielmehr deutete Hausmann an, er habe weitgehende Verbindungen nach der Tschechoslowakei und Polen, erfahre viel über die Lage der dortigen Deutschen und könne dem Ministerium für die besetzten Gebiete unter Umständen wertvolle Informationen geben. So gelang es Hausmann, sich in das Vertrauen des Regierungsrates einzuschleichen, und nun kam er immer wieder zu Steiger, den er schließlich um einen Geldbeitrag anbot. Steiger hörte dann nichts mehr von Hausmann und strengte schließlich die Klage auf Rückgabe des geborgten Geldes an. Nachdem Hausmann das Geld zurückerstattet hatte, kam er wieder zu Steiger und versuchte

bezüglich der Kriegsangeleihe Auskünfte zu erhalten.

So brachte er eines Tages unvermittelt Bela Groß mit und stellte diesen dem Regierungsrat vor. Groß, der von nun an allein in das Ministerium kam, ging anfänglich ebenfalls sehr tastend und vorsichtig vor, bis er während einer Unterhaltung ganz unverblümt den Wunsch aussprach, Steiger möge ihn doch in all diesen Fragen beraten. Dabei deutete Bela Groß an, daß er

eine solche Tätigkeit nicht umsonst verlange.

Das lehnte Steiger, wie er ausagte, ab. Er verwies Bela Groß jedoch an den Regierungsrat Böh, der früher im Ministerium für die besetzten Gebiete tätig gewesen war. Trotzdem kam Bela Groß noch einige Male zu Steiger, dem inzwischen Bedenken aufgestiegen waren. Er bemerkte dann einen sehr intimen Verkehr zwischen Regierungsrat Böh und den anderen Herren, und es kamen ihm auch sonst Dinge zu Ohren, die nach seiner Verbundung in ihm den Verdacht erweckten, daß Groß und Hausmann offenkundig versuchten,

sich auf dem Wege der Bestechung Beamte dienstbar zu machen.

Dr. Steidle

Der Führer der österreichischen Heimwehren



Die Beweggründe der Kommunisten sind verwerflicher Art. Sie wissen ganz genau, daß sie ein Volksentscheid mit ihrem Antrag durchgehen kann. Mit zügnischer Offenheit bekümmert die Note F a h n e noch am 13. September:

„Gewiß, kein Kommunist glaubt, durch den Volksentscheid den Panzerkreuzer-Bau verhindern zu können.“

Sie wollen gar nicht den Panzerbau verhindern. Sie sind ja selber Militaristen, wenn auch solche roter Couleur. Sie haben vor ein paar Jahren die engen Beziehungen zwischen der Reichswehr Se e k t s und russischen Rüstungsstellen durchaus gutgeheißen.

Sie wollen nur die ihnen von der Torheit sozialdemokratischer Minister dargebotene herrliche Gelegenheit ausnützen, um den Sozialdemokraten möglichst viel Anhänger abspenstig zu machen. Darum verbreiten sie jetzt z. B. im Norden Berlins treppauf, treppab eine von dem kommunistischen Abgeordneten Gohlke gezeichnete Gelegenheitszeitung, die sich Rund und um den Koppenplatz nennt. Sie ist eine einzige Heße gegen die Sozialdemokratie. In widerlicher Demagogie wird die Kritik an der Haltung der Sozialdemokratie zum Panzerkreuzer verbunden mit der Klame für die kommunistische Kommunalpolitik. Das Blatt steht auf dem denkbar tiefsten politischen und journalistischen Niveau.

Der Klet steigt einem hoch, wenn man sieht, was die Kommunisten aus dem grundsätzlichen Kampf gegen den Panzerkreuzer machen, um nur ihr eignes mageres Parteilüppchen etwas anzusetzen.“

Wir legen ansonsten auf die Meinung des Herrn v. Gerlach nicht allzu großen Wert. Ob nun aber die SUZ auch diese Teile aus dem Aufsatz des bürgerlichen Pazifisten bringen wird?

Deshalb teilte er am 4. Januar d. J. der Staatsanwaltschaft alles mit, was ihm bekanntgeworden war.

In Regierungsrat Böh glaubten die Anleihegeschwindler den Mann gefunden zu haben, den sie suchten. Böh war inzwischen aus dem Ministerium für die besetzten Gebiete ausgeschieden und nach Paris versetzt worden, wo er sich um die Abwicklung der Kriegsangeleihe-Anmeldungen zu kümmern hatte. In dieser Stellung war dem Regierungsrat Böh auch die geringste Kleinigkeit bekannt, die sich auf diesen Fragenkomplex bezog, und er konnte aus seiner Stellung heraus den Fragestellern natürlich die besten Antworten geben. Regierungsrat Böh hatte allerlei Beziehungen in Paris, er kannte den früheren Deputierten Calmon, der durch ihn den Reichskommissar Heinzmann kennen lernte, er kannte Levis und andere Leute, die zu dem internationalen Ring der Kriegsangeleihehändler gehörten. Wie weit Böh das Spiel der Bela Groß und Genossen durchschaute hat, wie weit seine Beziehungen zu ihnen gingen, muß noch aufgeklärt werden.

Eine Erklärung der Deutschen Bank

Die Deutsche Bank teilt mit: In einigen Zeitungen im Reich ist mitgeteilt worden, daß von der Reichsschuldenverwaltung mit der Deutschen Bank wegen falsch deklarierter Kriegsangeleihe ein Vergleich geschlossen worden sei. Diese Nachricht ist in allen ihren Teilen falsch. Der Berliner Korrespondent der betreffenden Zeitungen erklärt, daß es sich hier um einen bedauerlichen telephonischen Uebermittlungsfehler handelt. Er habe von „einer deutschen Bank“ gesprochen.

Zum Tode Dr. Brückners

Erklärung des mecklenburgischen Staatsministeriums

Die Pressestelle der mecklenburgisch-schwerinschen Ministerien teilt mit: Der Ministerialdirektor Dr. Brückner in Schwerin ist am Morgen des 23. September tot aufgefunden worden. Nach der richterlichen Leichenschau ist mit Sicherheit anzunehmen, daß er sich am Abend des 18. September erschossen hat. Mit seinem Tode ist die Pflicht zur Rücknahme auf ein schwebendes Verfahren entfallen, die bisher Zurückhaltung mit Veröffentlichungen über die gegen Brückner erhobenen Vorwürfe einer strafbaren Handlung forderte. Zu diesen Vorwürfen kann daher jetzt mitgeteilt werden, daß der Oberstaatsanwalt in Schwerin nach der Darstellung der Strafanzeige und nach den Ergebnissen seiner Ermittlungen aller Voraussetzungen zur Einstellung des Verfahrens wegen mangelnden Tatverdachts gelangt sein würde, wenn nicht das Verfahren durch den Tod des Beschuldigten beendet wäre.

Der Fall Frieders

Wie der Telegraphen-Union von der Weimarer Staatsanwaltschaft bestätigt wird, hat sie dem Wiener Rechtsanwalt des früheren Staatsanwaltes Frieders auf keine Forderung nach Einberufung des Falles Frieders in die Anwesenheit mitgeteilt, daß die Ablehnung des Gnadenbittens durch die Thüringer Regierung innerhalb der Grenzen ihrer Zuständigkeit zurecht erfolgt ist und der Thüringer Verfassung nicht widerspreche. Nach Pressemeldungen sollte die Auslieferung Dr. Frieders gefordert werden. Dazu wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß davon keine Rede sein könne, da Frieders von Oesterreich wegen der ihm zur Last gelegten strafbaren Handlung des jahrlängigen Falles nicht ausgeliefert wird.

Ein großes Waffenlager entdeckt

III Hannover, 24. September.

Auf Grund einer vertraulichen Mitteilung, die der Landeskriminalpolizei in Hannover zugegangen war, wurden von dieser in Betheln im Kreise Gronau folgende Waffen beschlagnahmt: vier schwere Maschinengewehre, 63 Militärgewehre, Modell 98, 18 Karabiner, 48 Räten mit gezackter Maschinengewehrmunition, außerdem einige Holzstämme mit Munition. Nach den bisherigen Ermittlungen sollen die Waffen von der Ortschaft herühren. Sie sollen 1921 oder 1922 aus der Nähe von Hildesheim auf zwei Altermagen, deren Führer ebenfalls ermittelt werden konnten, nach Betheln gebracht worden sein.

Rücktritt Dr. Hainischs?

III Berlin, 24. September.

Wie Berliner Abendblätter aus Wien melden, verläutet in unternichteten politischen Kreisen, daß der Bundespräsident Dr. Hainisch im November endgiltig von seinem Amt zurücktreten wird. Dem Nationalrat soll ein Geheiß unterbreitet werden, das eine Pension für Dr. Hainisch sichert.

Vor Umbildung der polnischen Regierung

Von unserem Warschauer Korrespondenten.)

1. Warschau, 21. September.

Marshall Piłsudski's Erholungsurlaub, den er im kleinen rumänischen Badeort Targoviste verbringt, ist bald zu Ende. Piłsudski's Rückkehr in Warschau, die in wenigen Tagen erfolgen soll, wird den Beginn der neuen politischen Saison für Polen bedeuten. Was sie auf parlamentarischem Gebiet an Ueberwachungen bringen wird, läßt sich noch nicht übersehen. Interessant werden sicher die äußeren Veränderungen im politischen Leben sein, die von unterrichteten Kreisen bereits autoritativ angekündigt worden. Es handelt sich dabei um eine ganze Reihe hochwichtiger Personalveränderungen im inneren und äußeren Dienst, um eine Umbildung der gegenwärtigen Regierung.

Vor allem soll der Ministerpräsident Bartel, Piłsudski's jahrelanger Mitarbeiter, der auf dessen Geheiß vor wenigen Monaten die Verantwortung für das Kabinett übernommen hat, zurücktreten. Voraussetzungen sind, daß er der Politik absteigen und sich wieder den Arbeiten über die Perspektive in der Malerei widmen, zu denen er übrigens den ganzen Sommer hindurch intensive Studien in Paris getrieben hat. Als Nachfolger Bartels nennt man den jüngst-ernannten Unterrichtsminister Switalski. Man kennt ihn schon von der letzten Wahlkampagne her. Damals war er die Seele des Piłsudski-Wahl-Zielduges. Er hat sich als ein energischer und tüchtiger Beamter erwiesen, der vor allem unumhänliches Vertrauen Piłsudski's genießt.

Ein weiterer Minister, der nach den Gerüchten in den nächsten Tagen verabschiedet werden soll, ist der noch junge, aus dem Journalistenberuf hervorgegangene Postminister Niedziński. Auch er stand lange Zeit in der Gnade des Marshalls, aber in den letzten Wochen scheint sich die Sonne von ihm gewendet zu haben. Wie diese Jungen behaupten, weil er auf der Warsauer Legionärkongregation zuerst den General Sosnowski, und nicht den anderen, hat hochleben lassen...

Ob auch der Justizminister Męsyatowicz, dem die Opposition bei seiner Ernennung nachsagte, daß er für seinen neuen Posten keine andere Qualifizierung besäße, als die Absolvierung der kaiserlich-russischen Kavallerieschule in Petersburg, von der Umbildung betroffen werden wird, ist noch ungewiß, aber wahrscheinlich. Auch einige andere Minister werden in die Kombinationen einbezogen — aber schließlich ist es ganz gleich, von welchem Beamten ein Ressort verwaist wird: der Kurs der Regierung wird auch bei völliger Umbesetzung keine Veränderung erfahren. Indessen dürfte die ebenfalls schon als bestimmt in Aussicht gestellte Demission des Außenministers Jazicki stärker in die politische Waagschale fallen. In eingeweihten Kreisen Warschaws erzählt man sich schon lange davon, daß Jazicki seinen Posten verlassen werde, um als polnischer Botschafter nach London zu gehen. Dieses Gerücht hat viel für sich und wird im übrigen auch an Stellen, die es wissen mußten, nur sehr schwach demontiert.

Wird schon an sich Jazicki's Rücktritt von politischer Bedeutung sein, so wird er es noch mehr durch seinen vernünftigen Nachfolger, den kürzlich Janusz Radziwiłł, den Außenpolitiker des Regierungsbündes und Vorsitzenden des parlamentarischen Ausschusses für auswärtige Fragen. Radziwiłł hat schon längst gewünscht, aus dem Hintergrund, in den er nach seiner politischen Betätigung im Jahre 1918 verschwunden ist, als er als polnischer Gesandter in Berlin auftrat, wieder hervorzutreten. Den Boden verlor er durch seine Tätigkeit als Sejmabgeordneter — er ist ins Parlament von der Piłsudski-Partei gewählt worden — in geeigneter Weise vorzubereiten. Schon einmal wurde ihm ein kleiner Gesandtenposten angeboten, aber das Amt auf dem Balkan behagte dem Aristokraten begreiflicherweise nicht. Auch den Berliner Posten, der ihm angeblich kürzlich angeboten worden sein soll, hat er anscheinend ausgemittelt, während er das Portefeuille des Außenministeriums zweifellos gern übernehmen würde. Sollte diese Kandidatur Tatsache werden, so wird das für die künftige Entwicklung der polnischen außenpolitischen Lage sicherlich von Vorteil sein. Denn Radziwiłł ist ein Realpolitiker. Er ist dafür bekannt, daß er unlässiger Bundesgenossen eine gutfindende Nachbarschaft vorzieht.

Außer dem Botschafter Skirmunt, der Jazicki weichen soll, ist auch eine Veretzung des Moskauer Gesandten Bartel geplant. Auch eine Reihe weiterer polnischer Diplomaten, die nach Piłsudski's Auffassung in der internationalen Politik manches veräumt hat, soll um ihre Posten bangen.

Eine Aktion gegen die ausländische Presse

DE Warschau, 24. September.

Der sozialistische Robotnik wendet sich gegen das „Beschlagnahmefieber“, von dem die polnischen Behörden schon seit Anfang August erfaßt wären und dessen Opfer die Arbeiterzeitungen seien. Gleichzeitig würden nun auch Repressalien gegen die Auslandspresse offiziell angekündigt. Es handelt sich dabei um folgendes: Der Warschauer Berichterstatter der Prager Presse, des offiziellen Organs des tschechischen Außenministeriums, hatte dieser Tage seinem Blatte über die in Warschau erörterten Kombinationen betreffend einen bevorstehenden Personalwechsel im polnischen Kabinett berichtet. Diese Meldung wird nun heute von polnischer offizieller Stelle als falsch bezeichnet, und zwar mit folgendem Zusatz: „Die polnische Telegraphen-Agentur teilt mit, daß Unordnungen getroffen sind, um den Vertretern ausländischer Zeitungen die Verbreitung illegitimer Nachrichten unmöglich zu machen.“

Zu dieser ungewöhnlich scharfen Sprache bemerkt nun der Robotnik, daß eine irrtümliche Meldung noch keineswegs eine Lüge sei, und daß im gegebenen Falle (d. h. in der

Der Fememordprozeß Legner

Drei Jahre Zuchthaus für Feldwebel Reim

SPD Berlin, 24. September.

Am Montag kam vor dem Berliner Landgericht III der letzte Fall eines Fememordes zur Verhandlung. Es ist zu gleich der erste, denn die Tat fand schon am 31. März 1923 statt.

Angelagt ist der 1899 in Riga geborene Nikolai Reim, der mit 13 Jahren russischer Seeladett wurde, während des Kriegs Leutnant zur See war, nach der russischen Revolution in die deutsche Armee übertrat und der Reihe nach Baltikum, Oberleutnant beim Freikorps Liskow in Ostpreußen und schließlich, seit Herbst 1922, Feldwebel bei der Schwarzen Reichswehr in Pöbberth war. Der

Mörder gibt kein Verbrechen

zu mit einer Offenheit, die die Vernehmung der 20 geladenen Zeugen fast überflüssig macht. Er ist kein roher Landstuchtopf, sondern ein schmächtiger, schüchtern, geistig herablich unbedeutender und offenbar stark degenerierter Mensch.

Reim ist nicht der eigentliche Urheber der Tat. Am Abend vor Ostern 1923 bekommt er den Befehl, gemeinsam mit dem Feldwebel Legner, einem mehrstündigen Patrouillengang zu machen. Unmittelbar vor dem Abmarsch wird ihm eröffnet, daß der Unteroffizier Büsching, der nicht zu dem Arbeitskommando gehört zu ihnen steht, Er ahnt Schlimmes, weil er weiß, daß Legner Heeresgut verlohren hat und deswegen

als Spiegel der Entente verurteilt

ist. Aber er wagt nicht, dem Befehl seines Vorgesetzten, des Hauptmanns Gutknecht, zu trotzen, sondern geht vor den beiden anderen her, die sich hinter seinem Rücken miteinander unterhalten. Die beiden kommen in Streit; Reim hört einen Schrei

und gleich darauf einen Schuß. Als er sich umdreht, sieht er beide am Boden liegen. Büsching drückt ihm einen Spaten in die Hand und befiehlt ihm, den toten Legner in den an dieser Stelle aufgeworfenen Schützengraben einzuschleusen. Er gehorcht wortlos, so starr vor Schrecken, daß er sich nicht einmal vergewissert, wo der Schuß in den Körper des Opfers eingedrungen ist.

Die Staatsanwaltschaft weist auf die Rehnlichkeit dieses Vorkommnisses mit den Fällen Wilms und Bannier hin und nimmt nicht nur Beihilfe, sondern Mittäterschaft an, d. h. nichts anderes als Mord. Der Staatsanwalt muß — er tut es mit Bedauern — die Todesstrafe beantragen. Die Verteidigung weist die Anklage der Mittäterschaft, aber auch der Beihilfe zurück. Lediglich der § 139 — Verletzung der Anzeigepflicht — könne auf den Angeklagten angewendet werden. Die Verteidiger hielten sich auf die Aussagen der militärischen Sachverständigen. Sowohl die früheren Kommandanten von Rüstern, die Generale Lejchner und Gudowius, als auch Oberleutnant von Hammerstein vom Reichswehrministerium, gaben die völlige äußere Gleichstellung der sogenannten „Arbeitskommandos“ mit der Reichswehr zu — also die Existenz einer „Schwarzen Reichswehr“, die von Gehör so erfüllt abgeliefert worden war. Diese „Schwarze Reichswehr“ war eine Horde von Landsknechten, die sich — mit freudvoller Billigung des Reichswehrministeriums — außerhalb der bürgerlichen Gehebe stellte.

Das Urteil

Der Fememörder Reim wurde wegen Beihilfe zum Mord zu einer Zuchthausstrafe von drei Jahren sowie zu den Kosten des Verfahrens verurteilt. Von der Strafe gelten zwei Jahre 35 Tage als durch die Untersuchungshaft verbüßt.

Frage eines Ministerwechsels) die nächste Zukunft zeigen werde, ob die Meldung überhaupt irrtümlich war. Die Formulierung der offiziellen Telegraphen-Agentur sei derartig, daß diese Angelegenheit damit wohl noch nicht abgeklart sein dürfte. Das Verhalten gegenüber der Auslandspresse erscheint dem Robotnik überhaupt sehr eigenartig; so bezüchtete z. B. der Außenminister Jazicki die Mitteilungen deutscher Blätter über sein Berliner Interview — laut welchem er keine Pariser Bemühungen um Mitbestimmung in der Rheinlandfrage als vergeblich erklärt hat — als „unwahr und lägerlich“. Ausfälle, die dann auch noch die offizielle Epoche wiederholt hätte. Beschlagnahmen im Inlande, der Vorwurf der Lüge gegen Prag und Berlin — das ist etwas viel auf einmal“, schließt der Robotnik seine Ausführungen.

Wie der Sozialistische Presseklub aus Warschau meldet, hat der Warschauer Klub Auslandspreise eine außerordentliche Generalversammlung einberufen, in der über Abwehrmaßnahmen gegen die in dem amtlichen Kommuniqué enthaltenen Versuche zur Knebelung der freien Berichterstattung beraten wird.

Gesler ist schuld

Herr Gröner und der Panzerkreuzer

Die Reichswehr hielt in Schlesien ihre alljährliche Manöverpielerei ab. Wie schon in Friedenszeiten wurden die roten und blauen Parteien auch diesmal von einem Troß Journalisten eskortiert. Unter diesen weilte der Genosse Hermann Schühlinger. Er berichtet über ein Gespräch, das zwischen ihm, einigen anderen Journalisten und dem Herrn Reichswehrminister geführt worden ist. Es drehte sich um den Panzerkreuzer und um den parlamentarischen Staatssekretär im Ministerium des Herrn Gröner. Wir geben nachstehend das Gespräch im Auszuge wieder, ohne uns mit der Fragestellung an Herrn Dr. Gröner zu identifizieren. Auch ohnedies ist der Dialog noch interessant genug. Genosse Schühlinger schreibt:

„Plötzlich steht Herr Gröner mitten zwischen uns. In tabellarischer geübter Pose steigt er über die Ackerhöfen auf uns zu. Einen „Hahnhoh“ am Kopf, einen Stod mit Silbergriff in der Hand. Ohne es zu wissen, feuert er auf die republikanische Ede der Pressevertreter zu. Dort stehen der Korrespondent von Ulstein, von Wasse, ein Zentrumsjournalist und Generalleutnant Rabisch, der militärische Mitarbeiter des Berliner Tageblatts.

„Im Nu sind wir im Gespräch — und zur Ehre Gröners sei es gesagt, er knickt nicht wie Gesler und zieht sich nicht mit einem dummen Witz aus der Affäre, wenn man ihn nach einer heißen Sache fragt.

„In die sozialdemokratische Tagespresse berichten Sie?“ „Ja wohl. Es wird nicht so einfach sein!“ „Im Nu sind wir von der Zuschauermenge des Feldherrnhügels und von den Generalktaboffizieren umringt.“

„Und Sie glauben, daß in der Arbeiterschaft kein Vertrauen zu uns — — —?“

Der Zentrumsjournalist fährt plötzlich dazwischen: „Denken Sie an den Panzerkreuzer, Herr Minister! Auch wir vom Jung-Zentrum empfinden diesen Panzerkreuzer als einen Schlag ins Gesicht, nicht allein die sozialdemokratische Partei!“

„Ich nehme erneut den Faden auf: „Was hilft alles Exerzieren und Manövrieren, wenn im Volk das Vertrauen zur Wehrmacht fehlt. Wenn man eine große Partei, die für jede Landesverteidigung nun einmal unentbehrlich ist, mit einem Panzerschiff förmlich verweigert, das dazu noch militärisch höchst problematisch ist?“

Gröner seht sich zur Wehr: „Der Panzerkreuzer ist absolut nicht mein politisches Kind! Gesler hat ihn gewollt. Ich hätte der Sozialdemokratie nicht zugemutet, gegen ihre Ueberzeugung einen Panzerkreuzer zu schweben. Ich hätte die Wahl abgeworfen. Dann hätte ich den Marinebau, der eben politisch tragbar ist, dem neuen Reichstag vorgelegt.“

„Und jetzt wird er gebaut?“

„Natürlich.“

„Dann ist Ihnen also das Vertrauen der Arbeiterschaft zur Armee nicht so viel wert wie ein Panzerkreuzer?“

Gröner überlegt und wackelt aus: „Das Panzerschiff ist nur ein Teilproblem der Wehrpolitik.“ — und hält uns ein kleines Plädoyer für sein Panzerschiff.

„Warum nehmen Sie nicht U-Boote zur Küstenverteidigung?“ wirft der Mann vom Zentrum wieder ein.

„U-Boote“, meint Gröner, helfen uns nichts. Die Ostsee ist zu flach. Bis auf 100 Meter können sie nicht tauchen, und so wirft sie jeder Marinestieger mit seinen Sememen kaputt. Auch Minenperren sind, wenn sie nicht von Schiffen bewacht sind, wirkungslos!“

„Dazu genügen aber kleine und schnelle Schiffe!“ repliziere ich. „Schnelle Küstenboote, die nimmt Ihnen niemand krumm! Aber Panzerkreuzer kriegen Sie nur bewilligt — gegen die deutsche Arbeiterschaft.“

„Noch eines, Herr Minister, wie steht es mit der zivilen parlamentarischen Kontrolle der Wehrmacht? — Wie denken Sie über ein parlamentarisches Staatssekretariat — — —?“

„Niemals! Solange ich auf diesem Posten stehe und der Herr Reichspräsident noch etwas zu sagen hat, gibt es ein Staatssekretariat im Reichswehrministerium!“

„Man hat doch auch in Frankreich einen mit „Zivilisten“ durchsetzten Obersten Landesverteidigungsrat, ohne daß die Armee deshalb schlechter geworden ist — — —“

„Das sind ganz andere Verhältnisse — das geht nicht bei uns!“

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Hermann Liebmann in Leipzig.

Verantwortlich für den Anzeigenenteil:

Hugo Seyffand in Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Total-Ausverkauf

wegen vollständiger Aufgabe des Geschäfts!

Nur wenige Tage stehen zur Verfügung. Die gesamten Riesenlager müssen schnellstens geräumt werden. Die Preise sind darauf eingestellt

KAUFHAUS
SACHSE

LEIPZIG-LINDENAU, LUTZNER STR. 45-47

LEIPZIG-LINDENAU, LUTZNER STR. 45-47

MAX

Oktoberfest

Stederfische, Karusselle, Märzenbiere, dunkle, helle, Ochsenbraten, Hähnchweiber, rote Köpfe, nasse Pelzer Und zum Schluß dann Mensch und Toller Bier.

Schweinewürste, volle Hallen, Orgelpfeifen, Büchsentralen, Zeug genug zum laufen, freilen, Nur den „Kini“ ham's vergessen; Traurig läuft der „Leibhartshier“ Drum sein Bier.

Abends schleift man dann die Wiese, Schleppt nach Haus die schweren Büße, Gläserfüllen, Magendrehen, Langsam tut der Rausch verwehen — Nur am Boden, ein Geschwür, Rinnt das Bier.

Pieter Post.

Vollziehung des Völkerbundes

SPD Genf, 24. September.

Die Vollziehung des Völkerbundes erlebte am Montagmittag vor dreiviertel leerem Hause eine große Reihe von Bezügen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab es eine Aktion zugunsten der Wiederbelebung Argentinians an den Völkerbundsarbeiten. Bei dem Bericht der Kommission für geistige Zusammenarbeit beantragte ein Redner aus Venezuela, einen Gründungstag des Völkerbundes festzusetzen und diesen in allen Mitgliedsstaaten festlich zu begehen. Die Entscheidung über den Antrag wurde hinausgeschoben.

Angenommen wurde der bekannte Schweizer Antrag auf Einholung eines Gutachtens über die Frage, ob der Rat sich einstimmig oder nur mit Mehrheitsbeschluss an den Haager Gerichtshof wenden darf, in der gemeldeten abgeschwächten Form, die vom Norweger Ransen nochmals bedauert wurde. Der Untersuchung der Opiumsituation im Fernen Osten wurde zugestimmt. China brachte seine prinzipiellen Bedenken zum Ausdruck, ohne aber dagegen zu opponieren. Ohne Diskussion wurde die Behandlung der Alkoholfrage, der Bericht des Transitausschusses, die Veranstaltung einer Völkerrechtskonferenz und die Verschiebung der Errichtung einer drahtlosen Station im Völkerbund in der Ausdrucksfassung angenommen. Die Behandlung der Filiallingsfrage wurde vertagt.

Der Bericht der Abrüstungskommission

SPD Genf, 24. September.

Die Abrüstungskommission des Völkerbundes nahm am Montag ohne Diskussion den Bericht über die Abrüstungsarbeiten an. Der von Benesch zu erstellende Bericht zeichnet mit viel Entschiedenheit den Gang der Abrüstungsverhandlungen seit der Resolution der Völkerbundsversammlung von 1927. Ueber die Frage der Abrüstungskonferenz heißt es in ihm: „Der allgemeine Eindruck in der 3. Kommission (offizielle Bezeichnung der Abrüstungskommission) war, daß die vorbereitende Abrüstungskommission, die unter den gegebenen Umständen ihr Werk Ende des gegenwärtigen Jahres oder zu Beginn des Jahres 1929 abschließen dürfte, es sicher für wünschenswert halten wird, dem Völkerbundrat einen Generalbericht über die Möglichkeiten der ersten allgemeinen Konferenz und über den Zeitpunkt, an dem diese abgehalten werden könne, zu erstatten.“

Faschistische Pressejustiz in Genf

SPD Genf, 24. September.

Der Völkerbund erlebte am Montag einen Fall faschistischer „Pressejustiz“. Im Foyer liegen unter anderen Zeitungen der Pariser Quotidien und die Lumiere aus, deren letzte Nummer einen Artikel mit der Überschrift „Hat Zappi Matmgreen aufgefressen?“ brachte. Es handelt sich um die bekannte Tragödie der Matmgreen-Gruppe der Kobilie-Expedition. Da in diesem Artikel die Frage offengelassen ist, ob der faschistische Offizier Zappi den Schweden im Hungerdelirium gefressen habe, ließ der italienische Untergeneralsekretär des Völkerbundes, Paolucci, die Zeitung entfernen.

Die Antwortnote der Vereinigten Staaten

TU London, 24. September.

Wie aus Washington berichtet wird, fand am Montag im Staatsdepartement eine Besprechung statt, an der Staatssekretär Kellogg, Marineminister Wilson und die Admirale Jones und Long teilnahmen, und in der die Antwort der Vereinigten Staaten an Großbritannien und Frankreich festgelegt wurde. Staatssekretär Kellogg hat darauf den Entwurf dem Präsidenten Coolidge unterbreitet. In unterzeichneten Kreisen wird damit gerechnet, daß die Note innerhalb der nächsten 48 Stunden nach Paris und London abgehen wird.

Aus Nah und Fern

Ein Unglücks-Sonntag

Zahlreiche Autokatastrophen — Meist Sportler als Opfer

WVB Landeshut, 24. September.

Ein mit sieben jungen Leuten besetztes Auto, das von einer Kirmesfahrt zurückkehrte, prallte in der Nacht zum Montag in einer scharfen Kurve mit solcher Wucht gegen einen Chauffeurbaum, daß es sich überschlug. Ein Insasse wurde sofort getötet, der Chauffeur lebensgefährlich verletzt. Vier junge Damen erlitten Arm- und Beinverletzungen.

WVB Schwerin, 24. September.

Ein mit 14 Fußballspielern besetztes Lastauto wurde gestern nachmittag auf der Chaussee nahe Schwerin angefahren und von der Chaussee abgedrängt. Das Lastauto überschlug sich und stürzte die Böschung hinunter. Drei Personen wurden erheblich, aber nicht lebensgefährlich verletzt.

WVB Mainz, 24. September.

Gestern gegen 23.30 Uhr wurde auf einem unbewachten Bahnübergang der Nebenstrecke Buchschlag-Oberroden der Personenzug Nr. 3000 überfahren. Von den vier Insassen wurden drei getötet. Außerdem wurde eine Person schwer verletzt.

TU Bochum, 24. September.

Ein Privatombibus der Firma Eisler, der von einer Gesellschaft gemietet worden war, stieß gestern gegen 22 Uhr gegen einen Straßenbahnwagen. Der Omnibus schlug um. Dabei wurden 12 Personen teils schwer, teils leicht verletzt.

WVB Eberfeld, 24. September.

Am Sonntagnachmittag geriet auf der Solinger Straße in Cronenberg ein Lastkraftwagen durch Versagen der Bremse ins Schleudern und schlug um. 27 Insassen, Mitglieder des Arbeiter-Fußballklubs Widder bei Hühlsheid wurden herausgeschleudert. Etwa 15 von ihnen erlitten Verletzungen, die bei einigen so schwer waren, daß man sie in das Krankenhaus bringen mußte. (Nach einer anderen Meldung besteht bei einigen der Verletzten Lebensgefahr.)

Bei Burgbrohl im Rheinland wollte ein mit vier Mitgliedern eines Kölner Regattklubs besetztes Automobil, das sich auf einem Ausflug nach dem Vaacher See befand, ein Bauernfuhrwerk überholen. Der Wagen rutschte dabei eine Böschung hinunter und überschlug sich. Die Insassen wurden schwer verletzt; zwei von ihnen dürften kaum mit dem Leben davonkommen.

Die Gaspest bei Halle

Wann wird endlich durchgegriffen?

WVB Delitzsch, 24. September.

Da sich in den letzten Tagen der Wind gedreht hat, machen sich jetzt die Schwelgase der Grube Alwine in Bruckdorf bei Halle nicht mehr in Halle selbst, sondern in den benachbarten Ortschaften des Kreises Delitzsch und des Saalkreises bemerkbar. Beim Brand in Delitzsch sind bereits von den Amtsvorstehern Beschwerden eingegangen. Die Bevölkerung klagt an Tagen, an denen der Wind aus Bruckdorf kommt, bei der Feldarbeit über heftige Kopfschmerzen und ist teilweise nicht in der Lage, ihre Arbeit fortzusetzen. In den Wohnungen können an solchen Tagen die Fenster nicht geöffnet werden. Allgemein wird nun schnelles Eingreifen des Oberbergamtes gefordert.

Die Tragödie einer Mutter

Den geisteskranken Sohn erschossen

In Berlin-Karlshorst hat die 48 Jahre alte Ehefrau Minna Weidner ihren 25 Jahre alten Sohn Gustav, um ihn vor einer Ueberführung in eine Irrenanstalt zu bewahren, erschossen und sich nach der Tat am Montag der Polizei gestellt; sie wurde in Haft genommen. Als die Beamten in die Wohnung der Frau eilten, fanden sie den Sohn, mit Anzug und Mantel bekleidet, tot in seinem Bett, das neben der Lagerstätte der Mutter stand. Ein Schußwund hatte seinen Tod herbeigeführt.

Epidemien im Golf von Mexiko

WVB San Juan (Portorico), 24. September.

Die Gesamtzahl der bei den Behörden gemeldeten Infuzenza-Fälle beläuft sich auf 15 000; an Malaria, Malaria und anderen epidemischen Krankheiten liegen 5000 Personen danieder. Vielfach behauptet man, daß die Zustände auf den kleineren westindischen Inseln noch schlimmer sind als auf Portorico.

Der weiße Tod

Elendes Sterben in den Bergen

Am Sonnabendnachmittag unternahmen vier Wiener Touristen von Glatzerboden aus über den Krummholtsteig auf die Nordwand der Plan Spitze in den Grazer Alpen einen Aufstieg, wobei sie von einem Wettersturz überrascht wurden. Erst am nächsten Tage vernahm man im Tal die Hilferufe der Betroffenen. Eine sofort abgeschickte lebensköpfige Rettungsexpedition der Alpen Rettungsgesellschaft in Admont konnte wegen Schnee, Eis und Nebel nur auf Hörweite vordringen und mußte unverrichteter Sache wieder umkehren. Auch eine am Montag ausgesandte Expedition von vier Gendarmen der österreichischen Rettungsgesellschaft konnte infolge des Unwetters nicht zu den Verunglückten vordringen. Man vermutet, daß zwei der Touristen nicht mehr am Leben sind. Ein dritter Rettungsversuch ist von einer aus Wien eingetroffenen Expedition unternommen worden.

Großfeuer in Berlin

SPD Berlin, 25. September (Radio.)

Am Montagabend brach in der Kopieranstalt der Ufa, die am Teltowkanal gelegen ist, Feuer aus, das eine so große Ausdehnung annahm, daß mehr als 50 Fahrzeuge nach der Brandstelle entsandt werden mußten. In der Kopieranstalt der Ufa werden Filme fertiggestellt, die von dort aus an die einzelnen Lichtspieltheater versandt werden. Montagabend geriet plötzlich in der Negativkammer ein Filmstreifen in Brand. Da dieser Raum in der Mitte des Gebäudes liegt, konnte sich das Feuer von dort aus schnell über das ganze Haus ausbreiten. Mit knapper Not gelang es der 200 Personen starken Besatzung, noch rechtzeitig die Brandstätte zu verlassen. Die Löscharbeiten der Feuerwehr wurden durch ätzende Dämpfe und starke Glut außerordentlich erschwert. Der angerichtete Schaden ist sehr groß. Menschen sind bei dem Feuer nicht zu Schaden gekommen.

St. Ingbert

SPD Saarbrücken, 24. September.

Der Bürgermeister von St. Ingbert, Dr. Kempf, und Oberbürgermeister Dr. Heim sind im Zusammenhang mit dem Sparfassenandal von der Regierungskommission ihrer Ämter enthoben worden. In einem Disziplinarverfahren wird sich der Bürgermeister nunmehr wegen mangelhafter Kontrolle der Sparkasse zu verantworten haben. Heim hatte die Sparkasse in St. Ingbert veranlaßt, seinem Bruder in Würzburg einen höheren Kredit zur Verfügung zu stellen. Der in Untersuchungshaft befindliche Leiter der Stadtsparkasse St. Ingbert war ein persönlicher Freund des Heim.

Eine Hochwasserkatastrophe

SPD Wien, 24. September.

Eine schwere Hochwasserkatastrophe hat in der Herzogowina, das von der ärmsten Bevölkerung Jugoslawiens bewohnt ist, riesenschäden angerichtet, die das Ausmaß der Erdbebenkatastrophe des Jahres 1926 noch übertreffen. Trebinje und Umgebung wurden durch einen stundenlangen Wellenbruch verwüstet; an einigen Stellen erreichte das Wasser eine Höhe von zwei Metern. Die meisten Gebäude wurden zerstört und fortgeschwemmt. Die gesamte Ernte ist vernichtet. Da sämtliche Verbindungswege zerstört worden sind, läßt sich der angerichtete Schaden noch nicht völlig übersehen; er soll nach den vorläufigen Schätzungen 25 Millionen Dollar betragen. Die Bevölkerung hat sich auf die umliegenden Berge geflüchtet und befindet sich in einer verzweifelten Lage.

Die Katastrophe in Florida

WVB West-Palmbach, 24. September.

Nachdem jetzt in dem Gebiet der Pelican-Bucht weitere 200 Leichen aufgefunden wurden, erreicht die Zahl der Toten in diesem hauptsächlich von Zuckerrohr-Farmern bewohnten Gebiet jetzt 400. Man befürchtet, daß durch den Wirbelsturm die gesamte Bevölkerung der kleinen Stadt Pelican-City ums Leben gekommen ist. Nach vorläufigen Schätzungen glaubt man, daß sich die Gesamtzahl der Toten in Florida allein auf 2200 beläuft.

Volkshaus Leipzig

Spezialberichte. Heute: Gefüllte Kalbsbrust mit Gemüse 1.00 Thüringer Topfbraten mit Klößen 1.00 — Morgen: Klöße mit Pilzsaucen 50 Ungarischer Gulasch mit Klößen 1.10 Schlachtkost

Advertisement for OSRAM light bulbs. It features an illustration of a family sitting at a table under a lamp, with a large OSRAM bulb in the foreground. The headline reads 'Beleuchte Dein Heim besser!' (Light up your home better!). Below the illustration, there is text explaining the benefits of OSRAM bulbs and providing contact information for the company.

Neues Arbeitsrecht

Soziale Arbeits- und Betriebsgemeinschaft

Von einem Juristen erhalten wir die folgenden Darlegungen, die wir ohne Kommentar zum Abdruck bringen, zu denen wir aber ihrer großen Bedeutung wegen eine Stellungnahme sozialistischer Arbeitsrechtler veranlassen werden.

Redaktion der Volkszeitung.

In einer berüchtigt gewordenen und vielfach angefochtenen Entscheidung vom 6. Februar 1923 hat das Reichsgericht erstmalig den Gedanken der sozialen Arbeits- und Betriebsgemeinschaft zum Ausdruck gebracht, der dazu führen müßte, einen Betrieb nicht mehr als das Unternehmen eines einzelnen Arbeitgebers anzusehen, sondern als

eine Gesamtorganisation von Unternehmer und Arbeiterschaft. Diese Gedankengänge, die zunächst nur angedeutet waren, hat später das Reichsgericht, insbesondere aber das Reichsarbeitsgericht wiederholt behandelt und weiter ausgedehnt. Insbesondere hat sich das Reichsarbeitsgericht in einer Entscheidung vom 20. Juni 1924 (RAG. 72/1924) ganz eingehend mit dem Problem der sozialen Arbeits- und Betriebsgemeinschaft befaßt. Diese Entscheidung ist von so grundlegender Bedeutung für die ganze künftige Entwicklung des Arbeitsrechtes und von so großem Interesse in vielfacher Hinsicht, daß sie verdient, einer näheren Betrachtung unterzogen zu werden.

Es handelt sich dort insbesondere um die Frage der gemeinsamen Tragung der Gefahren des Betriebsrisikos. Das Reichsarbeitsgericht geht davon aus, daß der z. B. der Entstehung des Bürgerlichen Gesetzbuchs für Dienstverhältnisse maßgebend gewesene individualistische Standpunkt für die heutige Zeit nicht mehr die Bedeutung beanspruchen kann, die er damals gehabt hat, da inzwischen der Gedanke der sozialen Arbeits- und Betriebsgemeinschaft nicht nur in der Wissenschaft, sondern auch in der Gesetzgebung anerkannt und festgelegt worden sei, und daß der einzelne Arbeiter dem Arbeitgeber und dem Betriebe nicht mehr als Einzelarbeiter gegenüberstehe, sondern

organisches Mitglied des Betriebes

werde, indem er zunächst in die Arbeitnehmerschaft und durch sie in eine Verbundenheit mit dem Betriebe selbst und auf diese Weise mittelbar auch mit dem Arbeitgeber trete.

„Der Arbeitnehmer“, so führt das Reichsarbeitsgericht wörtlich aus, „ist nicht mehr ein bloßes Werkzeug des Arbeitgebers, sondern ein lebendiges Glied der zwischen diesem und der Arbeitnehmerschaft bestehenden Arbeitsgemeinschaft. Das gemeinsame Zusammenwirken von Unternehmer und Arbeitnehmerschaft bildet heute die Grundlage eines Betriebes. Dem in einem Betriebe aufgenommenen Arbeitnehmer erwächst damit aber auch eine andere Aufgabe als früher.

Seine Stellung zum Betriebe ist eine andere geworden.

Er steht ihm nicht mehr als ein im übrigen unbeteiligtes Einzelindividuum, das nur seine Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen hat, gegenüber, er geht vielmehr eine Verbundenheit mit dem bestimmten Betriebe, in den er eintritt, ein. Ihm hat er auf Grund des Arbeitsvertrages nicht nur seine Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen, er muß mit ihr auch

dem Betriebe und seinen Zwecken dienen und seinerseits zur Erhaltung desselben und seiner Wirtschaftlichkeit beitragen.

Damit sind gleichzeitig die Rechte der Arbeitnehmerschaft in ihrer Stellung zum Betriebe erweitert und auf eine unterstützende Mitwirkung bei der Leitung desselben ausgedehnt. Diesen erweiterten Rechten stehen naturgemäß erweiterte Pflichten, nämlich Mittragung einer gewissen Verantwortung für den Betrieb, gegenüber. Wer aber für den Betrieb mit einzustehen hat, muß selbstverständlich

auch für die Nachteile mit eintreten,

die sich aus ihm ergeben. Es kann die Arbeitnehmerschaft und mit ihr der einzelne Arbeitnehmer die Folgen von Betriebsstörungen und Betriebsgefahren nicht einfach damit ablehnen, daß er seine Arbeitskraft angeboten hat und zur Leistung seiner Dienste bereit gewesen sei. Mit der Mitwirkung bei der Leitung des Betriebes Hand in Hand geht ohne weiteres die Mittragung der Gefahren desselben. Dem steht auch nicht entgegen, daß der Arbeitnehmer am Vermögen und in der Regel auch am Ertrage des Betriebes keinen unmittelbaren Anteil hat. Dieser Umstand kann sich nur dahin auswirken, daß der Gefahrkreis für ihn ein beschränkter ist. Wie weit er geht, ist aus den Vorschriften der § 323 f. S. 63 B. G. über die Unmöglichkeit einer Leistung nicht zu entnehmen. Aus ihnen kann nur der allgemeine Rechtsgedanke entnommen werden, daß die Folgen von Ereignissen, die eine Betriebsstörung verursachen, den treffen, der diese Ereignisse zu vertreten hat. Zu vertreten hat aber jeder Teil nicht nur sein Verschulden, sondern alles, was in den Kreis der von ihm zu tragenden Gefahren fällt. Ob diese dem einen oder beiden Teilen zur Last zu legen sind, wird in letzter Linie, wie dies auch das Reichsarbeitsgericht schon mehrfach ausgesprochen hat, aus § 242 B. G. unter dem Gesichtspunkte von Treu und Glauben zu entscheiden sein. Allgemeine Grundzüge lassen sich hier nicht aufstellen. Aus der

Verbundenheit der Arbeitnehmer untereinander ergibt sich aber, daß die Gefahr solcher Ereignisse, die auf dem Verhalten der Arbeitnehmerschaft selbst beruhen, auch von den Arbeitnehmern, soweit sie an ihnen nicht beteiligt sind, getragen werden muß. Hierher gehört der in Bd. 106 S. 272 f. g. behandelte Fall des Teilstreiks. Die Verbundenheit der Arbeitnehmerschaft mit dem Betriebe bedingt, daß sie regelmäßig solche Ereignisse mit treffen, die nicht nur die Führung des Betriebes, sondern dessen Bestand beeinträchtigen, den Betrieb vernichten oder auf längere Zeit lahmlegen. Andererseits werden in der Regel in die Rechtssphäre des Arbeitgebers fallen und von ihm zu vertreten sein Ereignisse, die nicht den Bestand des Betriebes, sondern seine Führung treffen und in sie eingreifen. Er wird u. a. dafür einzustehen haben, daß rechtzeitig ausreichende Betriebsstoffe beschafft werden, er wird auch Störungen, die im allgemeinen oder unter besonderen Verhältnissen des Betriebes öfters vorzukommen pflegen, tragen müssen, insofern er sie, wenn auch nicht vermeiden, so doch in Rechnung stellen kann. Doch können Betriebsstörungen, die den Bestand des Betriebes nicht unmittelbar ergreifen, sich doch in ihren Folgen so stark auswirken, daß sie den Betrieb selbst gefährden, insofern der Betrieb nicht in der Lage ist, die wirtschaftlichen Nachteile zu tragen. In solchen Fällen wird das verursachende Ereignis auch mit in den Kreis der von der Arbeitnehmerschaft zu vertretenden Umstände zu rechnen sein.“

Während das Reichsarbeitsgericht in einer früheren Entscheidung (RAG. 72/1927), deren Gegenstand die Frage war, ob Schwerbeschädigte im Falle eines Streikes in gleicher Weise wie die übrigen Arbeitnehmer ausgesperrt werden können oder ob dem Arbeitgeber zugunsten ist, die Schwerbeschädigten so lange zu behalten, als er überhaupt noch Arbeiter in seinem Betriebe hat, auf Grund der Schadensverbundenheit der Arbeitnehmer untereinander das uneingeschränkte Recht des Arbeitgebers zur Aussperrung der Schwerbeschädigten bejahte, kommt das Reichsarbeitsgericht aus dem Gedanken der sozialen Arbeits- und Betriebsgemeinschaft heraus zu dem Ergebnis,

daß der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber das Betriebsrisiko grundsätzlich gemeinsam zu tragen haben,

und zwar derart, daß Ereignisse, die nicht nur die Führung des Betriebes, sondern dessen Bestand beeinträchtigen, auch von den Arbeitnehmern, Ereignisse hingegen, die lediglich die Führung des Betriebes betreffen, ausschließlich vom Arbeitgeber, getragen werden sollen.

Es ist heute noch nicht abzusehen, wie diese Auffassung des Reichsarbeitsgerichts, durch welche es die einen analogen Fall betreffenden Ausführungen des oben zitierten reichsgerichtlichen Urteils vom 6. Februar 1923 in weitgehendem Maße entkräftet, und die daher von grundlegender Bedeutung für das ganze künftige Arbeitsrecht und vielleicht nicht nur für dieses ist, in der Praxis der Gerichte ausgelegt und angewandt wird. Denn sie ist auslegungs- und anwendungs-fähig nach der einen wie nach der anderen Seite, und es ist lediglich eine Frage der sozialen Gefinnung, ob sie in der einen oder der anderen Weise verwendet wird. Jedenfalls bieten die vorstehend entwickelten Gedanken der sozialen Arbeits- und Betriebsgemeinschaft mit ihren daraus nach Meinung des Reichsarbeitsgerichts sich ergebenden neuartigen Rechten und Pflichten der Arbeitnehmerschaft die Möglichkeit, das Arbeitsrecht der nächsten Zukunft ein gutes Stück vorwärts oder auch zurück zu bringen, je nach dem, ob man die Möglichkeit der Gefährdung eines Betriebes durch bestimmte Ereignisse eng oder weit faßt, demzufolge das Risiko dieser Gefährdung ganz oder nur zum Teil dem Arbeitgeber auferlegt. Abzuwarten bleibt auch, ob und in welchem Sinne diese Gedankengänge, die das Reichsarbeitsgericht in dem vorstehend angeführten Urteil wiedergegeben hat, sich in der Praxis des Wirtschaftslebens auf der Unternehmerseite durchsetzen werden, ob auch dort der Gedanke, daß der Arbeitnehmer „nicht mehr bloßes Werkzeug des Arbeitgebers, sondern ein lebendiges Glied der zwischen diesem und der Arbeitnehmerschaft bestehenden Arbeitsgemeinschaft“ ist, endlich eine Stätte finden wird. Dr. S ch i e d e l.

Lohnkampf im Westen

Zariffündigung für Schweißarbeiter

SPD Essen, 24. September.

Die drei Metallarbeiterverbände haben durch gemeinsames Schreiben an den Arbeitgeberverband der Eisen- und Stahlindustrie nordwestliche Gruppe das Lohnabkommen vom 15. Dezember 1927 gekündigt. Es wird gleichzeitig gefordert, die Verdienste aller Arbeitergruppen über 21 Jahre um 15 Prozent pro Stunde zu erhöhen. Außerdem behalten sich die Verbände vor, weitere technische Vorschläge zur besseren Ausgestaltung des Lohntarifs zu machen.

Streik-Ende in Australien

WTB Melbourne, 24. September.

Die Konferenz der Gewerkschaften der Transportarbeiter und der Seelote beschloß, den Postarbeitern aller Häfen Australiens nachdrücklich zu empfehlen, die Arbeit morgen wieder aufzunehmen.

Bewegungen im Auslande

Zariffündigung tschechischer Bergarbeiter

WTB Währisch-Ofen, 24. September.

Im Sinne des Beschlusses der Konferenz der beiden Bergarbeiterverbände vom 16. und 23. d. M. haben die Sekretariate des Bergarbeiterverbandes und der Union der Bergarbeiter heute die Direktoren-Konferenz des Ostau-Karwiner Kohlenbeckers die Kündigung des Kollektiv-Vertrages vom 7. Oktober 1923 überreicht. Die Kündigung tritt mit dem 23. Oktober 1928 in Kraft.

Die Streikwelle in Frankreich

SPD Paris, 25. September (Radio).

Der Textilarbeiterstreik von Halkin hat weiter um sich gegriffen. Besonders in Armentieres und in Houplines schlossen sich zahlreiche Arbeiter der Bewegung an. Die Kommunisten bemühen sich, leider nicht ohne Erfolg, die Bewegung für ihre Parteizwecke einzuspannen und einen Generalstreik in ganz Nordfrankreich zu provozieren. In den meisten Zentren der Textilindustrie sind schon jetzt kleine Teilstreiks zu verzeichnen. In Lille selbst wird noch überall gearbeitet, da dort die Verhandlungen mit den Arbeitgebern noch andauern.

SPD Paris, 25. September (Radio).

Die Metallarbeiter von Düren sind gestern in einen 24stündigen Proteststreik eingetreten, weil ihre Lohnforderungen von den Arbeitgebern überhaupt keiner Beachtung gewürdigt wurden. Die Streikenden, etwa 1500 an der Zahl, durchzogen in einem Demonstrationzug die Stadt und riefen den Präfecten um Vermittlung an.

Auf die Strafe!

In der Volkshammer Wilhelmshurg wurde von der Betriebsleitung 2200 Arbeitern und Arbeiterinnen gefündigt, weil sie sich weigerten, einer willkürlichen Arbeitszeitverkürzung unter gleichzeitiger Herabsetzung des Lohnes zuzustimmen. Die Gefündigten wurden sofort auf die Strafe gesetzt.

Und dabei jammert die Arbeitgeberzeitung in ihrer neuen Nummer (39) über Maßgebote der Gewerkschaften in den Arbeitskämpfen der Textilindustrie!

2 oder 3 große Tassen voll zum Frühstück!

Aber nur — wenn's Kathreiner ist! Und mit viel Milch dabei.



Sie sollten ihn Ihren Kindern auch geben! Schon deswegen, weil Kathreiner — wie der Arzt sagt — das Beste ist, was Sie überhaupt auf den Kaffeetisch bringen können!

Dabei kostet das Pfundpaket nur 55 Pfg.!

Soldat Suhren

60) Roman von Georg von der Brinck

Copyright 1927 by J. M. Speth, Berlin, Berlin

Max verschwindet hinter einer Scheune. Der Wind umrauscht mich wie Wasser, und die Sonne ist seine Verfolgerin. Ich unterne die Zelle mit nachtem Oberkörper. Dort kommt Lutzheim vom Barbier, hat Seienstaum an der Wade und eine lange Schwärze am Kinn. Er sitzt auf Eisen, haut ihm auf die Schulter und lacht:

„Willkommen, edler Lord!“
Beide gehen zur Strafe, vermutlich um nach einem Karminem-wagen zu spähnen, von dem schon seit Wochen orakelt wird. Dort rollt ein Gefährt zwischen den Bäumen. Es sieht so aus, als bräuhete es eine ganze Labuna Schühreime. Eisen setzt sich in Trab.

„Hallo, Suhren!“
Das ist Klees. Er bringt ein Konzertprogramm auf einem Notizbuchblatt. Drüben im Walde wird heute nachmittags eine Wiener Kapelle spielen. Ich finde es weit zum Wald.

„Freischütz!“ bejubelt mich Tietlein und bringt seine braunen Argen zum Funkeln ob meiner Faulheit. Durch seine Ohren scheint die Sonne herrlich rot — natürlich werden wir gehen!

Hier ist auch Albring, der Frühaufsteher. Seine Augen sind hell wie leuchtende Bergschneemilch; er hat im Stochob gebadet und verpöbert, daß ihm eine Nixe begegnet ist.

Da er mitgehen will zum Konzert, fragt ihn Klees.
„Nein“, entgegnet er. „Dein Freischütz dreht mich aus wie ein halbes Handluch.“

Klees bewegt seine roten Ohren verständnislos.
Diesen Augenblick werde ich zur Schreibstube gerufen und erhalte den Befehl, mich zwecks Augenuntersuchung sofort beim Stabsarzt zu melden, da ich zum Leuchtpistolenfischen ausgebildet werden soll. Dazu muß man wissen, ob ich nicht etwa farberblind bin. Es ist ein schöner Posten, meine ich und nehme mir vor, recht acht zu geben bei der Untersuchung. Hernach soll ich beim Stabpfeifen als Ordnungszug, Eisen wird geschickt. Ich schmale um, springe den Hügel zwischen den Hütten hin über bunte Halter, die sich im Wind drehen können, und an Birken entlang, deren Zweige mir kameradschaftliche Streiche auf Nase und Nacken verlegen. Vor dem

bezeichneten Haupte warke ich mit mehreren Leuchtpistolenanwärtern; auch sie sind guter Dinge. Die Untersuchung beginnt, die ersten treten ins Haus.

Aus der anderen Tür erscheint plötzlich der Prinz mit einem Feldstecher, eine Hornbrille auf der Nase, an die er sein Glas hebt. Ein Major von der Artillerie ist ihm gefolgt; er ist barhaupt, trägt viele Auszeichnungen, die wie eiserne Stacheln den unteren Teil seines Uniformrockes bedecken, und hält eine Karte in der Hand. Der Prinz sagt freudig erregt:

„In der Tat — da sind sie! Geradeaus am Wasserfall, und zwar an der Stelle, wo er glühert. Dort sehe ich sie wieder.“

„Da bin ich neugierig, Hoheit“, flüsterte der Major, „also rechts vom Stochob?“ Das ist ja ganz nahe.“ Er lächelte.

„Nun weiß ich, es sind ganz einfach unsere famosen Antikristen, die ein Sonnenbad nehmen.“

„Wirklich?“ macht der Prinz und will ihm das Glas reichen.
„Bestimmt, nichts anderes. Ich sehe sie mit bloßem Auge, sie nehmen Sonnenbäder. Doch nun wollen Sie wissen —“

„Trysten“, nickt der Prinz.
„Da können wir die hellen Punkte benutzen. Nehmen Sie den linken, Hoheit — haben Sie?“

„Den linken, ja.“
„Und gehen Sie noch ein wenig weiter links, und sodann aufwärts bis an den Horizont.“

„Ich sehe eine kleine grüne Spitze.“
„Ganz recht, das ist Trysten.“

„Das ist Trysten“, macht der Prinz gedankenvoll. „Trysten — wie verdeutschen Sie das?“

„Keine Ahnung, Hoheit“, antwortet der Major, und sie gehen wieder ins Haus.
Die Untersuchung läuft weiter, und auch ich werde aufgerufen. Der Stabsarzt gibt mir ein Blatt, das mit vielen Farbenproben bedruckt ist. Ich löse jede Frage — rot, grün, blau, gelb, orange. Es ist lustig. Der Stabsarzt, ein alter Herr, lächelt:

„Sie mögen doch nicht irgenbmi?“
„Eobann rüchert er seinen Weisheit auf lauter graue Punkte. Ich liest — braunrot, grünrot, blaurot.“
„Das sehe ich ja schon“, brummt der Stabsarzt, und der Major mit den schwarzen Kramen am Hod fragt anerkennend:
„Was sind Sie?“

„Maler“, melde ich, zum erstenmal in meinem Leben mit be-geisterter Betonung, die Hände an der Hosennaht.

„Kunstmaler oder Stubenmaler?“ forscht der Major.
Darauf kann ich keine Antwort geben, denn ich muß niesen wegen der Sonnenstrahlen. Es mag aber nach etwas geklungen haben, denn der Major nickt:

„Ja“, und der Stabsarzt nickt: „Gut.“
„Ich gehe fort auf die Strafe. Gegenüber liegt ein langes Gebäude mit flachem Dach, an dem ein zerbrochener Stuhl lehnt, mit drei Beinen aufwärts, vielleicht die einzige Welle, ihm zum Stehen zu bringen. Ich gelangte ins Haus, es ist die Unterwelt für die Ordnungszüge, ehemals der Schulraum des Dorfes. Im Hintergrunde erhebt sich als einziges Möbel ein mächtiges Pult, darauf eine schmale schwarze Tintenflasche mit zerbrochenem Hals. Neben dem Pult am Fenster aber sitzen drei Soldaten im Stroh, Kochgeschirre neben sich, offenbar Ordnungszüge.

Sie spielen Stat, und ich setze mich zu ihnen.
Der eine, ein junger Mensch mit breiten Kinnbacken und zurück-springendem Kinn, hält den Hals steif und bewegt nur die Augen von seinen Karten zu seinen beiden Gegnern und zurück, denn er hat ein Furunkel im Nacken. Ein vierköpfiges, weißes Pflaster bedeckt es, ebenfalls wie eine Blume. Er ist ein Draufgänger und scheint im Vorteil.

Der zweite, ruhig, rotbäsig und mit dem Eisernen Kreuz-Band im Knopfloch, rollt eine erloschene Zigarre zwischen den Lippen und spielt mit Bedacht.

„Los, Hefede, halt keine Leichenrede“, ermuntert der Steif-madige den dritten.

Hefede aber bestimt sich noch, murmelnd unverständliche Worte und berührt abwechselnd zwei Karten. Er ist ein kleiner, dürrer Mann, barlos, mit einem Dackelhals. Endlich entschließt er sich, wählt das Mittel und wirft eine Dame aus. Der Dekorierete legt eine Keun bei, der mit dem Furunkel haut einen König drauf und lächelt:

„So spielt man zu Rana!“
Alle Stiche streicht er ein und jeden schmückt er mit einem Auszuf.

„Auf der Hochzeit ein Pärchen! — Da ging es hoch her! — Und nochmal hoch her! — Und nochmal hoch her! — 72, danke, du gibst.“

(Fortf. folgt.)

Kredite für die Kleinindustrie

Um des riskolosen Kreditgeschäfts mit der Konzernindustrie willen vernachlässigen die Großbanken die Kreditversorgung der mittleren und kleineren Industrieunternehmen. Die sonst so sehr verlässlichen öffentlichen Kreditinstitute müssen deshalb die Aufgabe erfüllen, die die Privatbanken aus Gründen des Profitinteresses unerfüllt lassen. Das war der Gesichtspunkt, der bei Gründung der Sächsischen Pfandbriefanstalt zugrunde lag. Die Initiative zu ihrer Gründung ging von Dr. Reinhold aus. Er hat auch eine eben vollzogene weitere Gründung veranlaßt, deren Plan schon seit langem vom Reichsverband der deutschen Industrie und in den Vereinigungen der Privatbanken vorbereitet war. Die neue Gründung führt den Namen **Zentralbank deutscher Industrie - A. G.** Die Art, wie diese zweite Gründung des Dr. Reinhold ausgefallen ist, scheint uns aber recht sehr bedenklich zu sein. An der neuen Gründung sind **jämliche Staatsbanken der deutschen Länder** beteiligt. Die neue Gesellschaft soll mit einem Aktienkapital von 17 1/2 Millionen Mark ausgestattet werden, wovon auf die Landesbanken und die amerikanische International Germanic Trust Co in New York zusammen 10 Millionen Mark unveräußerliche Stammaktien und auf eine Gruppe privater Banken unter Führung von Gebrüder Arnhold in Dresden und der Deutschen Effekten- und Wechselbank 7 1/2 Millionen Mark Inhaberkonten entfallen. Die Sächsische Landespandbriefanstalt ist vollständig im Besitz des Freistaates Sachsen, und wir können keinen Grund einsehen, warum dem **Privatkapital ein maßgebender Einfluß auf ein Unternehmen eingeräumt wird**, das Geschäfte machen soll, die die Privatbanken sonst verschmähen und für die man das Hauptkredit den öffentlichen Kreditinstituten überläßt. Die Mittel zur Kredithergabe soll sich die neue Gesellschaft durch Ausgabe von Anleihen in den Vereinigten Staaten verschaffen. Uns scheint, daß sich eine amerikanische Bank gefunden haben würde, die, auch ohne an der neuen Gesellschaft beteiligt zu werden, es übernommen hätte, bei der Auflegung amerikanischer Anleihen die Vermittlung zu übernehmen. Die mit einem Aktienkapital von 1 Million Mark ausge-

stattete Sächsische Landespandbriefanstalt hat es ja auch zuwege gebracht, 75 Millionen Mark in Amerika aufzunehmen und sich doch von einer Beteiligung des Privatkapitals freizuhalten. Ebenso scheint uns, daß nicht nur die Beteiligung des amerikanischen, sondern auch des deutschen Privatkapitals überflüssig gewesen wäre und daß sich auch ohne Beteiligung und maßgebende Mitbestimmung ein Bankensortium zusammensetzen lassen würde, das es übernommen hätte, den für den Kapitalmarkt bestimmten Teil der neuen Aktien abzuleihen. Es scheint uns bedenklich, daß im Verwaltungsrat der neuen Gesellschaft außer Dr. Reinhold und Vertretern der sächsischen und braunschweigischen Staatsbanken Mitglieder der Bankfirmen Gebrüder Arnhold, der Deutschen Effektenbank und ein Vertreter des International Germanic Trust sitzen sollen, daß also anheimelnd dem privaten Bankkapital die Mehrheit in der Verwaltung eingeräumt wird.

Auf Grund des Erlöses aus den Auslandsanleihen sollen der mittleren und kleineren Industrie zwanzig Jahre laufende hypothekarisch gesicherte Kredite eingeräumt werden, die nach den Berechnungen in Buchwalds Börsenberichten ungefähr neun Prozent kosten werden. Die unterste Grenze der Kredite, die in Goldmark eingetragten, aber in Valuta getilgt werden — das Valutarisiko hat also der Kreditnehmer zu tragen —, ist der Betrag von 50 000 Mk. Dem Kreditnehmer kann ferner eine Solidarhaft bis zu zehn Prozent des Kreditbetrages auferlegt werden, er hat also unter Umständen auch das Risiko für das Nichteinbringen von Krediten anderer Kreditnehmer mit zu tragen.

Anscheinend als Konkurrenz der Zentralbank ist von der Commerz- und Privatbank zusammen mit amerikanischen Finanziers die **General Mortgage and Credit Corporation** gegründet worden, die sich ihr Arbeitskapital ebenfalls durch Ausgabe von Anleihen beschaffen muß und gleichfalls die Kreditversorgung der mittleren Industrie übernehmen soll.

Die Kleinen kommen vor den Adli . . .

. . . nachdem die Großen sich verständigt haben

Der in Stuttgart vor einiger Zeit verhandelte Norma-Werkflonageprozeß, der im Grunde nichts anderes war als eine Teilercheinung in dem scharfen Konkurrenzkampf zwischen zwei Kapitalistengruppen, endete bekanntlich durch einen Vergleich der beiden Parteien. Der SKV-Norma-Konzern bequeme sich dazu, die Kugellagerfabrik des Kahn-Konzerns, das sogenannte Niehe-Werk, zu einem Fieße aufzukaufen, der diesem annehmbar erschien, und nahm zugleich den Strafanzug wegen unläuterer Wettbewerbs gegen die Direktoren des Kahnkonzerns zurück.

Damit wäre dem Prozeß die Grundlage völlig entzogen gewesen, wenn nicht die Staatsanwaltschaft gleichzeitig offiziell Klage wegen angeblichen Diebstahls, Hehlerei usw. gegen den früher bei dem Normawerk in Stuttgart tätig gewesenen Ingenieur Karzer und einige andre niedere technische Beamte erhoben hätte, die durch Entwendung von Zeichnungen und Modellen das Normawerk zugunsten des Kahn-Konzerns geschädigt haben sollten. Von diesen in der Anlage enorm übertriebenen Anschuldigungen blieb damals in der Verhandlung nicht sehr viel übrig. Der verbleibende Rest hatte geradezu Bagatelldarstellung. Und so schien es selbst den beiden Kapitalistengruppen, die durch ihren Vergleich dem sensationellen Prozeß ein Ende bereiteten, eine glatte Selbstverständlichkeit zu sein, daß nun auch, nachdem die Großen sich verständigt hatten, das Verfahren gegen die Kleinen Sünden, wenn nicht durch Freispruch, so doch wenigstens durch Niedererschlagung des Verfahrens mittels eines Gnadenaktes beendet würde. Sie stellten deshalb einen entsprechenden Antrag an das Gericht, und der Gerichtsvorstand ging damals selbst auf das württembergische Justizministerium, um mit diesem die rechtlichen Voraussetzungen für ein solches Verfahren durchzusprechen.

Es hat lange gedauert, bis die Entscheidung in dieser Sache gefallen ist, in der das rein menschliche und soziale Empfinden eine rolle Entscheidung zugunsten der Angeklagten eigentlich als selbstverständlich annehmen durfte, denn sie hatten ja eine um Teil sehr lange und strenge Unterjochung hinter sich, deren feilsche Kollern schon als eine genügend große Strafe hätten gelten sollen. Aber solche Empfindungen kennt man im Schoße der württembergischen Regierung offenbar nicht. Sie läßt heute verurteilen, daß dem Gesuch um Niedererschlagung des Verfahrens gegen die technischen Beamten des Norma-Werk weder vom Justiz- noch vom württembergischen Staatsministerium selbst entsprochen worden sei.

Eine nähere Begründung für diese durchaus unsoziale Entscheidung wird nicht gegeben. Sie beweist aber aufs neue die absolut reaktionäre Einstellung der Reichsregierung, von der das württembergische Volk trotz des Wahlausfalles vom 20. Mai immer noch beherrscht wird.

Leipziger Rundfunkprogramm

Mittwoch, den 26. September.

- 10,20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms.
- 10,25 Uhr: Was die Zeitung bringt.
- 11,45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage und Wettermeldungen.
- 12,00 Uhr: Mittagsmusik.
- 12,55 Uhr: Neuerer Zeitzeichen.
- 13,15 Uhr: Presse- und Börsenbericht.
- 15,00 Uhr: Konzert aus der Jahreschau in Dresden. Dresdner Rundfunkkapelle: Gustav Agunt.
- 16,30 Uhr: Für die Jugend. Johann, der muntere Seifenfieder. Märchenpiel, bearbeitet von Fulda. Gastspiel der Genossenschaft erwerbsloser Schauspieler. Spielleitung: Kerne Schönfeldt, Dresden.
- 18,05 Uhr: Albert Hornauer, Steuerinspektor a. D., Leipzig: „Die neueste Lohnsteuerentlastung ab 1. Oktober 1928.“
- 18,30 Uhr: Vektor Claude Grandet, Gertrud von Esyren: Französisch für Fortgeschrittene. (Deutsche Welle, Berlin.)
- 19,00 Uhr: Reg.-Kat. Dr. Frith Kapfänger, Dresden: „Von einer Inselreise.“ II. Geschichte und Kunst.
- 19,35 Uhr: Paul Westheim, Berlin: „Woju neue Kunst?“ 3. Vortrag: „Von der Wohntatulle zur Häuslichkeit.“
- 20,00 Uhr: Wettervoraussage, Zeitangabe, Arbeitsmarktbericht des Landesarbeitsamts Sachsen und Arbeitsnachweis.
- 20,15 Uhr: Deutsche Kammermusik um 1700. Mitwirkende: Dr. Helmut Schulz (Cembalo), Leo Schwarz, Konzertmeister des Gewandhausorchesters (Violine), Albert Klubi (Viola da Gamba), Alfred Gleisberg (Oboe). 1. Johann Bachfeldel (1635 bis 1706): Suite für Cembalo in B-Dur (1683); I. Altemand. II. Courant. III. Bourrée. Saraband. IV. Gigue. Helmut Schulz. 2. Johann Kubnau (1600-1722): Biblische Historie Nr. IV in C-Moll für Cembalo (1700). Der Iodtrank und wieder gesunde Histlas. 1. Das betrübte Herz des Königes Histlas über der Todespost und das schlanke Bitten um seine Gesundheit in einem Lamento. 2. Sein Vertrauen, daß Gott kein Gebet schon erhört habe. 3. Die Freude über seiner Genesung, dabei er denn mannmahl an das vorige Uebel denkt, daselbe aber bald wieder vergißet. Helmut Schulz. 3. Georg Philipp Telemann (1681-1767): Solo für Oboe und Continuo (Cembalo) in G-Moll aus der Musique de table (Hamburg 1733): Mième Production. Largo. Presto. Tempo giusto — Andante. Allegro. Alfred Gleisberg, Helmut Schulz. 4. Georg Friedrich Händel (1685-1759): Chaconne für Cembalo in G-Moll (aus dem Anlesford-Manuskript, um 1730), Helmut Schulz. 5. Dietrich Buxtehude (1637-1707): Sonate für Violine und Viola da Gamba mit Cembalo in F-Dur (Op. 2, Nr. 7, 1698); I. Adagio. II. Allegro. III. Lento. IV. Vivace. V. Largo. VI. Allegro. Leo Schwarz, Albert Klubi, Helmut Schulz. (Zweimännliches Cembalo, erbaut von Otto Marx, Köln-Leipzig.)
- 21,15 Uhr: Der Dichter in Schuberts Liedern. III. Franz von Schöber. Hans Schubert-Meißler (Erdmannsdorf). Im Blüthen: Alfred Simon 1 a) Am Bach im Frühling; b) Genügsamkeit; c) Trost im Lied; d) An die Nacht. 2 a) Bitterweisse; b) Viola; c) Todesmusik. 3 a) Schiffers Scheideliel; b) Jägers Liebestied.
- 21,15 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.
- 22,30-24,00 Uhr: Tanz- und Unterhaltungsmusik. Waldo Oltersdorf und sein Orchester.

Zunahme der Ausfuhr im August

Im August war die Einfuhr kleiner und die Ausfuhr erheblich größer als im Monat vorher. Der Einfuhrüberschuß ist also fast gesunken, und zwar von 268 auf 58 Millionen Mark. Im ganzen zeigt der Außenhandel vom August folgendes Bild:

Einfuhr 1928 in 1000 RM. nach Gegenwärtigen.			
Warengruppen	August	Juli	
1. Lebende Tiere	10148	8852	
2. Lebensmittel und Getränke	340471	385012	
3. Rohstoffe und halbfertige Waren	559290	602913	
4. Fertige Waren	182501	185733	
Reiner Warenverkehr	1083419	1182510	

Ausfuhr in 1000 RM. nach Gegenwärtigen.			
Warengruppen	August	Juli	
1. Lebende Tiere	1704	1637	
2. Lebensmittel und Getränke	39187	39330	
3. Rohstoffe und halbfertige Waren	215672	183445	
4. Fertige Waren	739230	689219	
Reiner Warenverkehr	1025793	914131	

Es ist stets ein Unternehmen von zweifelhaftem Wert, aus den Außenhandelsergebnissen eines Monats Rückschlüsse auf den Stand der Konjunktur zu ziehen. Des gilt in diesem Falle umso mehr, als nach den Angaben des Statistischen Amtes das Ergebnis durch Saisoninflüsse und die Berechnungstechnik der Zollämter beeinflusst worden ist.

Die Einfuhr ist die niedrigste, die Ausfuhr die höchste dieses Jahres. Gegenüber dem Monatsdurchschnitt früherer Jahre stellt sie sich wie folgt:

Ausfuhr in Millionen Mark	
Monatsdurchschnitt	1928
1924	544
1925	733
1926	818
1927	852
August 1928	1026

Auffällig ist bei der Einfuhr die Abnahme des Imports von Rohstoffen und Halbfertigwaren. Er ging von 603 auf 559 Millionen Mark zurück. Das Statistische Amt stellt jedoch fest, daß im Vormonat die Einfuhrziffern zum Teil durch die Terminabrechnung stark überhöht waren und daß der Einfuhrrückgang von Baumwolle, Wolle usw. saisonmäßig bedingt ist. Die Zunahme der Ausfuhr von Rohstoffen entfällt hauptsächlich auf Dünge- mittel, hängt also mit den Erntearbeiten zusammen. Die stärkste Zunahme fand bei Fertigen Waren statt (80 Millionen Mark). Zum Teil spielen auch hier Saisoninflüsse eine Rolle. Mehr dürfte ins Gewicht fallen, daß die Unternehmer sich für den sinkenden Inlandsabsatz durch Ausfuhr schadlos zu halten suchen.

Aufstieg der landwirtschaftlichen Genossenschaften

Dem Jahresbericht des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften für 1928 entnehmen wir, daß der Verband rund 65 Prozent der bestehenden 40 000 landwirtschaftlichen Genossenschaften umfaßt. Trotz der Agrarkrise wird eine Aufwärtsbewegung festgestellt. Vor allem interessiert die Mitteilung, daß die Schwierigkeiten im Genossenschaftswesen, die eine Zeitlang ein ernstes Hindernis für die beabsichtigte Fusion der genossenschaftlichen Spitzenverbände in der Landwirtschaft waren, „aus eigener Kraft überwunden wurden“.

Die 25 Zentralkassen erzielten bei 511 Millionen Mark Aktiven und 507 Millionen Mark Passiven einen Reingewinn von über 3,5 Millionen Mark. Für die 24 Hauptgenossenschaften wird ein

genossenschaftlicher Warenbezug in Höhe von 380 Millionen Mark und ein genossenschaftlicher Warenabsatz von 171 Millionen Mark nachgewiesen. Für den Bezug ist eine Steigerung eingetreten, während der genossenschaftliche Absatz eine Folge der Agrarkrise, zurückging. Wie weit unsere Landwirtschaft bereits von den Genossenschaften erfaßt worden ist, geht daraus hervor, daß im Jahre 1927 auf genossenschaftlicher Basis für 133 Millionen Mark Getreide und 13 Millionen Mark Kartoffeln abgesetzt wurden. Auch die den Molkereigenossenschaften zugehörte Milch hat sich von 2,2 Milliarden Kilogramm im Jahre 1913 auf 2,6 Milliarden Kilogramm im Jahre 1927 gesteigert. Die Viehverwertungs-genossenschaften setzten rund 1,5 Millionen Stück Vieh um (davon rund 770 000 Schweine) gegenüber rund 767 000 im Jahre 1926. Der Weinabsatz der Winzergenossenschaften wird mit rund 132 000 Hektoliter angegeben. Die Elektrizitätsgenossenschaften erreichten eine Jahresleistung von 120 Millionen Kilowattstunden und beherrschen damit ein Fünftel der Gesamtstromabgabe der deutschen ländlichen Ueberlandzentralen.

Die Zahlen zeigen das rasche Tempo der Ausbreitung des Genossenschaftswesens auf dem Lande.

Eine Million Autos in Deutschland

Auf je 69 Einwohner ein Auto.

Der Bestand an Kraftfahrzeugen betrug am 1. Juli: Personenkraftwagen 351 380 (1927: 267 774), Lastkraftwagen 121 765 (100 060), Großkraftäder 438 288 (295 186), Zugmaschinen 21 879 (15 966), insgesamt also 933 312 (679 895). Gegenüber dem Vorkriegsjahr erfährt demnach der Bestand eine Steigerung von 253 417 Kraftfahrzeugen oder 37 Prozent. Davon entfielen auf Personenkraftwagen 31 Prozent, auf Lastkraftwagen 21 Prozent, Großkraftäder 47 Prozent, Zugmaschinen 37 Prozent. Die Zunahme ist in den Sommermonaten verhältnismäßig stark. In diesen Tagen dürfte daher bereits in Deutschland die erste Million Kraftfahrzeuge erreicht worden sein. — Am 1. Juli verfügte jede 69. und gegenwärtig jede 65. Person über ein Kraftfahrzeug. Demgegenüber entfiel im Jahre 1914 auf je 700 Einwohner ein Kraftfahrzeug, 1926 auf 109 und am 1. Juli 1927 auf je 87 Personen ein Kraftfahrzeug.

Zahlungseinstellungen in der Thüringer Textilindustrie. Die Webereifirma H. V. Horn, Gera, hat, nach der Deutschen Konfektion, mit circa 250 000 Mark Passiven die Zahlungen eingestellt. An Aktiven sind nur circa 26 000 Mark vorhanden. Dem gleichen Blatte zufolge ist die Webereifirma Gebrüder Boigt, Gera, in Konkurs geraten. Den Passiven von circa 280 000 Mark stehen etwa 70 000 bis 80 000 Mark Aktiven gegenüber.

Versammlungskalender

- Dienstag, 25. September 1928.
 - Allgem. Kranken- und Sterbefälle für Metallarbeiter und andere gewerbliche Arbeiter, Volkshaus, 19,30 Uhr.
- Mittwoch, 26. September 1928.
 - Bund sozialistischer Freidenker, Funktionäre des Bezirks, Volkshaus, 19,30 Uhr.
 - Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Volkshaus, 19 Uhr.
 - Deutscher Holzarbeiterverband, Volkshaus, 19 Uhr.
 - Metallarbeiter, Betriebsräte und Vertrauensleute des Westens, Restaurant Zwei Linden, 19,30 Uhr.

Handschuh - Reklame - Angebot!

Wir bringen nur äußerst bewährte und gangbare Qualitäten zum Verkauf.

Damen-Glacé „Reklame“ in modernen Farben. Paar 6,90 5,90	3 ⁹⁰	Damen-Stulp-Glacé Stalpen in verschied. Ausföhrung. Paar 7,90	5 ⁹⁰	Damen-Trikot-Handschuh mit Wollfutter. Paar 2,65	2 ³⁵	Damen-Stoff-Handschuh innen angeraut m. Auln. Paar	1 ⁷⁵
Herren-Trikot-Handschuh innen angeraut. Paar	1 ⁹⁵	Herren-Handschuh Pa Leder-Imitation. Paar 2,65	1 ⁹⁵	Pa. Herren-Nappa „Stepper“ besonders kräftige Qual. Paar 7,90	5 ⁹⁰	Herren-Nappa „Stepper“ mit Kamelhaarfüterung. Paar 9,85	7 ⁹⁰

Modehaus Jordan & Co., Leipzig, Petersstraße 28
Leipzig-Lindenau, Merseburger Straße 65

Trotz alledem — Demokratie!

Von Johannes Meinke.

Gerade die kleinen Dinge sind oft im Leben die wichtigsten. Es gibt Menschen, die daraus eine Philosophie machen — die meisten aber gehen achlos darüber hinweg.

So ist es auch mit der Demokratie! Viele — vor allem Arbeiter — schreien herum, daß wir keine hätten. Dabei fehlt ihnen Augen nur die richtige Schärfe. Es sind eben wiederum die kleinen Dinge, in welchen sich auch die Demokratie unserer Tage am lebhaftesten äußert.

Dr. phil. et jur. Clarus Geigenmüller wuschte sich den vollen Mund mit dem frischvermählten, englischen Bäckchen wiederholt mit so verunkelter Bedächtigkeit, wie man sie nur unter folgenden Umständen auszubringen vermag:

Er sah im Wartesaal erster (künftig Postler-) Klasse eines Provinzbahnhofs. Natürlich trug er in der Westentasche eine Fahrkarte dritter Klasse, hätte also eigentlich in den anderen Wartesaal gehört, aber ein durch mancherlei Erfahrungen erworbener Instinkt hielt ihn davon ab, sein Ragout fin dort zu verstreuen. Und — er konnte doch dort seinen Schoppen Wein ... nein, nein ...

Das Ragout fin war reichlich und trefflich überladen gewesen. Dr. Geigenmüller hatte sich an der sauberen, weichen Tischdecke, den Blumen auf dem Tisch, den geschmackvollen, hellen Fenstervorhängen und am geschmeidigen, zuvorkommenden Bedienten des Kellners gleichmäßig erfreut, so daß ihm der Aufenthalt auf Bahnhöfen mehr denn je als ein Vergnügen erschien. Er zahlte, erhob sich und wandelte nun langsam Schritte, eine wohligen Körper nur ungern dämpfend, über den Bahnsteig. Vor der Eingangstür zum Wartesaal dritter (künftig Holz-) Klasse blieb er plötzlich stehen und blickte interessiert hinein. Und da man in dem eben geschlossenen, latten Zustand so sozialen Betrachtungen dieser Art gewöhnlich sehr aufgelegt ist, gab er diesem Drange nach und trat ein.

Im — schon war das freilich nicht! Lange, unfreundliche Doppelbänke und grobe Tische davor, die ihnen an Ungelegenheit und Schmutzgefühl nicht nachstanden. Keine weiche Decke, keine Blumen, und auch die Fenster nicht und grau — es war wirklich häßlich! Die Kellner standen meist mühsig und mit mürrischen Gesichtern herum, und wenn sie an einen Tisch herantreten, so bildeten die Leute auf den Bänken schnell nach der großen, abstoßend amtsmäßig herabsehenden Uhr über der Tür oder trantmen in ihren Redetischen und Redetischen. Dann sahen die Kellner noch mürrischer aus. Sobald sie einen Tisch wieder den Rücken zuzuwenden, nahmen die Männer und Frauen ihre frühere, stumpfe und wartende Haltung wieder ein. Ein Ereignis, wenn sich da mal jemand ein Glas Bier hinstellen ließ. Und das Bier sah ebenso schal und unappetitlich aus wie alles andere. Buh — keine Viertelstunde wachte er hier ...

Aber mußte das so sein? Es war bestimmt ungerecht, denn die Leute bezahlen alle ihr Fahrgeld so gut wie er oder der diese Wohlgeschmeckten Lohndrüben im Meinsteil der ersten Klasse. Um

Etwas verstimmt wegen dieser hohst ungerechten Zweiteilung, die sich wie ein Alibi auf seinen vollen Magen legte (Dr. Geigenmüller trug nämlich einen weichen Umlegebogen und eine falsche, blauweiß punktierte Krawatte, die untrüglichen Kriterien liberaler Denteweise), wollte er lieber wieder hinaus auf den Bahnsteig. Da er jedoch sein aufmerksames Auge zwei schwarze Tafeln an der Wand. Zwei schwarze Tafeln mit bunten Reflemausgehängen — genau so wie drüben in der ersten Klasse!

Beidseitig Hollant! Gebt für die deutsche Flugpost! Billige Sonderfahrst Kälgen — Bornholm! Deutsche! Das Deutschstum im Ausland darf nicht verloren gehen!

Vergißtes Land ... Harz ... Mit dem Dampfzug nach Schweden! Sein Bild stellt sich auf. Also doch — Demokratie trotz alledem! Man mußte nur sehen wollen! Man hat hier den Reizenden vierter Klasse das gleiche an wie den Reizenden erster Klasse. Und doch sah niemand hin! Hier war ja kein Unterschied mehr: die amtlichen Stellen setzen bei allen das gleiche Bedürfnis voraus!

Dr. phil. et jur. Clarus Geigenmüller verkannte natürlich nicht, daß diese Gleichheit mehr formaler Natur war, daß die untere Klasse solchen Angeboten gar nicht nachkommen konnte. Dazu war er ein zu guter Demokrat. Aber — war es nicht schon ein gewaltiger Fortschritt, daß man der Unterklasse überhaupt so etwas zu traut? Es war gewiß viel guter Wille dabei und — man muß warten können, nicht wahr?

Der gute Wille zur Demokratie ist aber Republikan Anfang, meditative Dr. Geigenmüller weiter. Aber dieser gewöhnlichen Formulierung fand er das verlorene Gleichgewicht wieder, das so regelrechte Verdauung eines Ragout fin unerlässlich ist, und so spezialisierte sich Geigenmüller über den ersten, schlechten Eindruck hinweg.

Der rote General

Die Berliner Barnowitsch-Bühnen brachten als erste wichtige Neuheit ein Stück des bekannten Roman-Autors Hermann Ungar „Der rote General“ heraus, dem mit Recht ein erheblicher Publikumserfolg beschieden war. Dieser Erfolg wird um so lieber festgehalten, als er seinem Star und seiner Regie-Artistik zu verdanken ist, sondern zweifellos der Qualität der Gestaltung, dem dramatisch-handwerklichen Können, der Einfachheit und Klarheit des Wortwurms und der Aktualität des Stoffes. Ein sauberes, prägnantes, volkstümliches Schauspiel von heute.

Vodamjenski, Oberbefehlshaber der russischen roten Armee, Sieger gegen Polen, Jude, Intellektueller, erfährt, daß sein Untergeneral Wepkin, Feldwebel, Hauptmann und populärer Bauernschädel, in den Dörfern des Kampfgebietes Judenprogramme veranstaltet, teils aus anerkanntem Antisemitismus, teils aus Haß gegen den Konturenanten Vodamjenski. Auch den Vater Vodamjenski läßt er tödlichen. Vodamjenski beantragt beim Rat der Volkskommissare Anklage gegen Wepkin wegen kontextuellen Verhaltens, wobei er betont, daß nicht persönliche Gefühle ihn leiteten, sondern die Sorge um die gemeinsame Sache, die durch Wepkins Methoden schwer mißkreditiert werde. Der Rat der Volkskommissare kann sich zwar dem Urteil des Oberbefehlshabers über Wepkins Verhalten nicht verschließen; aber er lehnt sich aus tatsächlichen Gründen, den bei den Soldaten und Muschils beliebten Wepkin fallen zu lassen und dadurch den Einfluß auf die Bauern zu verlieren; Vodamjenski, der Intellektuelle, weniger Populäre, wird schließlich nach Paris geschickt und Wepkin tritt an seine Stelle als Oberbefehlshaber. Kurz vor der Abfahrt wird Vodamjenski von russischen Halantrenz-Weißgardisten ermordet.

Ungar verwehrt sich in einer Veröffentlichung dagegen, er habe in Vodamjenski Schicksal dasjenige Trokts in freier Gestaltung zeichnen wollen. Das war überflüssig; selbstverständlich hat Trokts sich auf demselben anderen Wege bewegt. Aber die geistige Ursache von Trokts Einzug ist nicht allzu sehr von derjenigen entfernt, die diesen Vodamjenski aus dem Rat der Volkskommissare entfernte: man wollte sich dem russischen Bauern nähern damals und brachte den häßlichen Antisemitismus und der Antipathie gegen Antisemiten die intellektuellen Juden Kadel, Trokts und ein wenig mehr. Antisemiten ist eben Vodamjenski doch Trokts, und er ist es recht, da die russische Revolution nur einmal Rats-

land und nur einen roten Oberbefehlshaber besaß; eben Trokts. Man kann sich da nicht einfach einen anderen vorstellen; man kann sich auch nicht an Stelle einer anderen historischen Persönlichkeit an Stelle Napoleons oder des letzten Zaren irgendjemand anderen hinstellen. Und das ist der einzige wunde Punkt an Ungars Stück: er hat Geschichte, frische, in allen noch lebendige Geschichte dramatisiert, aber die Hauptpersonen einfach herausgeschnitten und andere, schemenhafte hineingefügt. Er dramatisierte Trokts Schicksal und doch nicht Trokts. Und er dramatisierte die russische Revolution und doch nicht die russische. Das ist ein Bruch, der nicht ganz leicht wegzudenken ist.

Sehr scharf und klar durchgeführt ist die Auseinandersetzung zwischen individueller und sozialistischer Geisteshaltung; hier wirkt Ungars Schauspiel im besten Sinne lehrhaft und als Auserziehung einer „moralischen Anstalt“ im fortschrittlichen Sinne. Er hat noch eine etwas private Handlung in die Hauptaktion eingeschoben — das Verhältnis zu einer jungen Frau, Vodamjenski's Mitarbeiterin aus dem bürgerlichen Lager, deren früherer Mann, ein zaristischer Offizier, am Schlusse Vodamjenski erscheint — das ihm Gelegenheit gibt, sehr klar und konkret diese sozialistische Pädagogik zu demonstrieren.

Die Regie Erich Engels, in realistisch, unausdringlicher Gestaltung nur dem Wert dienend, war vorbildlich für solche Art von Dramatik. Kortner, als Vodamjenski, konnte ganz er selbst sein: ein kühler, bewusster, gehemmter Intellektueller.

Heinz Eisgruber.

Kleine Chronik

Marionettentheater im Grassimuseum. Die aus der Stiftung des Professor Kollmann (eine Sammlung von Puppen-spielen) hervorgehende Puppenpielbühne findet solchen Zuspruch, daß man außer den schon eingeführten Sonnabendmittagspielen von nächster Woche ab auch Mittwochs welche veranstalten will. Auch der jetzige Spielplan mit dem alten Volksstück „Der verlorene Sohn“ (für den Erwachsenen sehr komisch wegen der rührenden Realität) hat viel Beifall gefunden. Zu erwägen wäre eine Milderung mancher Dürreheit und die Abschaffung der allzu sehr betonten Sarcasmen. Denn für das Kind als Zuschauer ist nicht nur der Vorgang auf der Bühne didaktisch, sondern auch die Sprache des Vortrags. Und die breite lässliche Sprache ist leider nicht vorbildlich, sondern etwas, dessen Ueberwindung versucht werden müßte.

Die Wigman-Schule, Dresden, bietet uns um folgende Mitteilung: Im Zusammenhange mit der auf dem Essener Längerkongress bekanntgegebenen Auflösung der Mary Wigman-Tanzgruppe hat sich in einem Teil der Öffentlichkeit die Meinung gebildet, daß zu gleicher Zeit die Wigman-Schule geschlossen werden sei. Aufgelöst wurde aber lediglich die Mary Wigman-Tanzgruppe, die ein organisatorisch von der Schule vollständig getrennter Kreis der fortgeschrittenen Tänzerinnen war.

Diebliches Schülerkonzert. Am Sonntag, dem 30. September, 20 Uhr, veranstalteten im Feurich-Saal (Schulstraße) Schüler von Otto und Hedwig Didam: Margarete Fetz (Soprano), Charlotte Hager (Soprano), Johanna Wösch (Soprano) und Arthur Fride (Tenor) einen Einführungabend mit Lieberm, Ariens und Duetten. 1. Teil: Schubert, Schumann, Brahms, Strauß; 2. Teil: Händel, Mozart, Weidlein, Bizet, Volkslieder. Karten bei Klamm, Post und an der Abendkasse.

Altes Theater. Wegen andauernder Erkrankung von Dietrich von Dypen ist Paul Mederow, von seiner früheren Leipziger Tätigkeit hier bestens bekannt, für die Hauptrolle in Tolstois Drama „Und das Licht scheint in der Finsternis“ verpflichtet worden. Zum ersten Male spielt er die Rolle Mittwoch, den 26. September.

Schauspielhaus. Franziska Langers Vorstadtkaballe „Peri-perie“, mit der am kommenden Sonnabend die Winterzeit beginnt, wird von Fritz Biehwag in Szene gesetzt und ist in den Hauptrollen besetzt mit: Rudolf Schaffgang (Kranz), Georg August Koch (Nichter), Otto Stoedel (Wanderer), Reinhold Balauß (Barbar), Robert Zimmermann (Toni), Adolf Braunstein (Herr), Alfred Bögel (Kamillär), Gertrude Langfelder (Frau). Die weibliche Hauptrolle (Anna) und damit die erste große Rolle überhaupt spielt Petra Hedrich. Bühnenbilder: Franz Nilsche. — In Vorbereitung: „Rantheit der Jugend“ von Ferdinand Bruckner. — „Der Prozess Mary Dugan“ wird zunächst nur noch bis Freitag gegeben.

Filmschau

Die deutsche Filmindustrie scheint nicht zu wissen, was sonst jedermann weiß, daß der Quatsch eines modernen Operettenbuchs im besten Falle nur durch eine intelligente Begleitmusik erträglich wird. Sonst würde sie nicht immer wieder diese Operettengebilde verfilmen. Mit so großen Mitteln, wie sie selten an einen ausländischen Spielfilm gewandt werden. Auch Eine Frau von Formata ist wieder ein Fiasko; das Theater von der Frau als Diplomatin (selbstverständlich in einem baltischen Operettenstaat) wurde ohne Originalität und ohne sonderlichen Witz behandelt, obwohl sich filmisch kaum ein denkbarer Stoff denken läßt und viel Geld verpulvert wurde. (Victoria.)

Tarzan und der goldene Löwe hätte man selbst in den Hundstagen als einen läppischen Unfug bezeichnen müssen. Vielleicht hat dem Hersteller eine Parodie auf den Tarzanzummel vorgekehrt, aber es ist ihm nur gelungen, mit finsterem Ernst einen gästel nagele und einen bellenden Löwenhund in ein albern Land und eine noch geistlosere Fabel zu verpflanzen. Das mag einen Wert als Schlaraffenland haben. Komik ist das nicht und noch weniger Humor. (Colosseum.)

Für die Räuberbande (nach dem Roman von Leonhard Frank) vermag zwar kein einprägsames, aber immerhin ein Vergnügen zu bereiten. Von dem Hintergrund der schönen Stadt Würzburg hebt sich das abenteuerliche Ringen romantischer Jugend mit dem Alltagsrott und dem komischen Witzbewußtsein der erwachsenen Autorität ab. Man wird von dem meist lustigen, manchmal tragisch angehauchten Spiel nicht erschüttert, denn es ist farblos und ohne Spigen, aber immerhin unterhält man sich und nimmt noch einige Anregungen zum Nachdenken mit. (Cassino.)

Der Fall des Staatsanwalts M... ist so gelagert, daß der paragrafenhafte und berufstarke öffentliche Ankläger nicht umhin kann, gegen seine eigene Frau Strafantrag zu stellen. Das berichtet ihm natürlich Wein, aber uns berührt die in juristisch feinen Kreisen sich abspielende Geschichte weniger. Wir nehmen es nicht tragisch, wenn ein Jurist sich einmal in das eigene Fleisch schneiden muß. Wir leiden zu sehr unter den unglücklichen Fällen vieler Staatsanwälte, denen es keine seelischen Konflikte bereitet, wenn sie leichtfertig armen Teufeln die Freiheit und das Leben absprechen. Der um seine Frau weinende Staatsanwalt ist eine Privatangelegenheit. Hätte man aber z. B. den Staatsanwalt des Falles Jutubewill herangezogen, dann hätte der Film seine Pflicht erfüllt, Dinge darzustellen, die uns alle angehen. Daran ändert nichts die lebhafte Arbeit und die gute Schauspielerin dieses Films. (U.-L.-Hainstraße.)

Der Liebeskavalier möchte ein Quatsch sein, aber es kommt nur eine Puffkomödie im Stile der Courcour-Mähler. Grafenstück, alte Gräfin, treuer Diener, junge Komtesse. Was will es belagen, daß man den „neulichen Unfug“ Komteschens durch

ein paar sportliche Sensationen (filmisch belittelt gemacht) modern auspulvert? Komteschens bekommt den Ausertoren mit Verleumdungslüften. Vielleicht hat man das Zeug nur gedreht, um die hübsche Carmen Bont in einer Rollenrolle zu zeigen. Auf diesem Film liegt bider Staub. Eine passende Ergänzung zu dieser funktionalen Antiquität ist im Nebenbei eine Schau von „heiligen Stätten“ aus aller Welt. Das im Verein mit der Wochen-schau ist eine lächerliche Propaganda für bürgerliche Weltanschauung — natürlich ohne Betonung einer Tendenz. Postskiz auf kaltem Wege (Königspavillon.) III.

Neues über Daktyloskopie

Die Wissenschaft ist fortwährend mit Eifer und Scharfsinn bemüht, die Methoden zu verbessern, mit denen man die Sünder am Heiligsten der Menschheit, ihrem Geld, festnageln und dem rächenden Arme der Justitia ausliefern kann. In Kriminalromanen handelt es sich meistens um Morde, weil das „schöner“ ist, in der Wirklichkeit aber doch vorwiegend um Eigentumsvergehen jeder Art. Dies erklärt den aufgewandten kostspieligen Apparat.

Man überlege nur oberflächlich, was das kosten mag: Jede Universitäts bietet Gelegenheit, die sogenannte gerichtliche Chemie zu studieren; dazu gehören hochbezahlte Lehrkräfte und Laboratorien. Im Bezirk mindestens jedes besseren Landgerichts gibt es außerdem Gerichtschemiker, die auch leben wollen. Ob es eine Statistik darüber gibt, in welchem Verhältnis der Kostenaufwand zu dem durch wissenschaftliche Entdeckungen erzielten finanziellen Nutzen steht, ist mir unbekannt; sie dürfte auch schwierig sein, da man den Wert der moralischen Befriedigung über die zur Strecke gebrachten Verbrecher billigerweise doch auch auf der Aktivseite buchen müßte.

Die Daktyloskopie (Personenfeststellung aus Fingerabdrücken) beruht darauf, daß die feinen Linien, Papillarlinien, auf der Unterseite der vordesten Fingerglieder („Fingerbeere“) bei jedem Menschen anders verlaufen; man kann also, wenn man eine Person findet, deren Fingerabdruck mit den auf irgendwelchem corpus delicti vorgefundenen übereinstimmen, mit Sicherheit behaupten, daß die Spuren von ihr herrühren. Eine hochentwickelte Technik ermöglicht die schnelle Feststellung, ob eine aufgefundenen Fingerspur mit einer der vielen Tausende der gesammelten Abbildungen übereinstimmt oder nicht; gewisse Grundformen der Papillarlinien ermöglichen hierbei eine weitgehende Klassifizierung der Finger.

Es ist begreiflich, daß man die Möglichkeit einer recht weitgehenden Anwendung der Daktyloskopie anstrebt. Dazu gehört vor allem die Abbildung des vorgefundenen Fingerabdrucks; denn in vielen Fällen ist es nicht möglich, das Original mitzunehmen, sei es, daß der Träger, z. B. eine Wand, nicht transportabel ist, oder daß die Spur, z. B. wenn sie sich auf einer Staubschicht befindet, beim Transport leicht zerstört werden könnte. Manchmal handelt es sich um die plastische Abbildung der Fingerzeichnung, in der überwiegender Anzahl der Fälle aber wohl um die Uebertragung der zufällig an der Haut haftenden Fremdkörper (wie Blut, Klebstoffe, Fett, Farbe, Staub) oder ihrer natürlichen Ausscheidungen auf irgendeine Fläche wie Metall, Glas, Papier oder dergleichen. Das geeignetste Mittel zur dauerhaften Festhaltung des Bildes ist die Photographie. Wo die Hautlinien in eine plastische Masse eingedrückt sind, wird geeignete Beleuchtung oft die Aufnahme eines guten Bildes ermöglichen. Schärfer aber wird die Spur nur als undeutliche Zeichnung auf einer harten oder sonstwie unplastischen Fläche haften. Hier muß sie durch geeignete Mittel deutlicher und für die Reproduktion geeigneter gemacht werden.

Dazu ist eine Prüfung des Trägers der Spur und des von den Fingern hinterlassenen Materials auf chemische und physikalische Eigenschaften nötig. Manchmal wird das Bestreuen oder Bestreichen mit einem feinen, leichten Pulver genügen, das auf den hinterlassenen Linien leichter haftet als auf der Unterlage. Man benutzt je nachdem feines Aluminiumpulver, Ruß, Indigo, Zinn- oder dergleichen und drückt ein lebriges Blatt darauf, mit dem man dann die Zeichnung von der Unterlage „abziehen“ kann, eine Umkehrung des von den Abziehbildern her bekannten Verfahrens.

Das alles ist aber noch nicht besonders „wissenschaftlich“, dies wird es erst bei der chemischen Entwicklung schwach oder gar nicht sichtbar Fingerprints. Die Methoden beruhen darauf, daß die von den Fingern übertragene Fremdstoffe oder Hautbestandteile chemisch anders reagieren als die Unterlage, worüber besonders Kob. Feind gearbeitet hat. Der Schweiß der Fingerbeere hinterläßt, nach dem Verdunsten des Wassers, außer etwas Salz verschiedene organische Bestandteile, und zwar Harnstoff, Fett, flüchtige Fettsäuren, wenig Eiweiß und abgestoßene Hautzellen. Besonders das Fett läßt sich durch verschiedene Reagenzien färben; man hat dazu Farbstoffe wie Eosin benutzt und andere Lösungen, die durch Ausscheidungen die Linien sichtbar machen. Die Fluorwasserstoffsäure greift bekanntlich Glas an (matteierte Glühbirnen), soweit es nicht durch einen, wenn auch noch so dünnen, Fettschicht geschützt ist; daher wird sie einen fettigen Fingerabdruck auf Glas unter Umständen dauernd sichtbar machen.

Für viele Fälle hat sich in der Praxis die Behandlung mit kaltem Joddämpfen am besten bewährt. Jed. den Nichtchemikern meistens nur in der Form seiner alkoholischen Lösung als dunkelbraune Jodtinktur bekannt, ist ein dem Chlor und Brom chemisch nachstehendes, metallähnlich aussehendes Element, das schon bei gewöhnlicher Temperatur langsam verdunstet (sein Erhitzen bildet es übrigens einen tief violet gefärbten Dampf, den man schon beobachten kann, wenn man in einem Glas auf einige Tropfen Jodtinktur siedendes Wasser gießt). Legt man in ein Schälchen eine Jodtristalle und deckt das die Fingerlinien tragende Papier darüber, so schlagen sich die dünnen, aus den Kristallen unklar aufsteigenden Joddämpfe auf den organischen Resten des Schweißes rascher nieder als auf dem Papier und färben sie schwarzlichbraun, so daß man sie leicht fotografieren kann. Ist dies nicht sofort möglich, so muß man das Papier zwischen Glastafeln pressen, da sonst die Zeichnung durch Verdunsten des Jods rasch wieder verschwindet, was andererseits wieder ein Vorzug ist, wenn es sich z. B. um ein Dokument handelt, das durch die Unterleuchtung auf Fingerprints nicht dauernd verunzert werden soll.

Will man aber das Original des Abdrucks, nachdem dieser mit Jod sichtbar gemacht ist, dauernd fixieren, so behandelt man es mit einer sehr verdünnten Palladiumchloridlösung, die übrigens auch schwache Jodfärbungen auf unglücklich gefärbtem Papier sichtbar macht. Ein Zusatz von wenig Kalium oder Natrium zu der genannten Lösung verhindert, daß mit wasserlöslicher Kopiertinte geschriebene Schrift auf dem Papier zerstört wird.

Man sieht: Viel Waterland, kannst ruhig sein! Und doch kommt einem unwillkürlich der Gedanke, daß es eigentlich netter wäre, wenn alle die scharfsinnige wissenschaftliche Arbeit statt auf Verfolgung armer „Verbrecher“ auf Verhütung des Verbrechens gerichtet wäre. Wie wäre es, wenn ebensoviele begabte und begehrteste Wissenschaftler ihren Scharfsinn dazu verwenden wollten, herauszubringen, wie man die Leute zur Verantwortung, Bestrafung und Unschädlichmachung ziehen kann, die die Teuerungen und damit die Ursache zu Verbrechen schaffen, die moralisch meist weniger zu verurteilen sind als jene, die bis jetzt noch immer unbestraft bleiben. Es gäbe eine ganze Reihe von Aufgaben, die der Wissenschaft würdiger wären als die Menschenjagd.

Dr. K. C.

Wo ruft die Pflicht?

Ortsvereinsvorstände der SPD Groß-Leipzig.
Sonntag, den 29. September, 19 Uhr, im Volkshaus,
Zimmer 8.

Funktionäre.

Ostbezirk. Donnerstag, den 27. September, pünktlich 20 Uhr, in Kaplers Festhöl, L.-Volkmarodorf, am Markt, Bezirks-Funktionärstung. Vortrag des Genossen Engelbert Graf: „Die politischen Hintergründe des Kellogg-Paktes.“

Westbezirk und äußerer Westbezirk. Mittwoch, den 26. September, 2 Uhr, wichtige Sitzung im Schloß Lindenfels, Partre-jaal. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Graf über: „Politische Hintergründe des Kellogg-Paktes.“

Frauen.

Sonntag, den 30. September, 14 Uhr, im Volkshaus-Garten-jaal: Bericht der Genossin Schilling über die Internationale Frauenkonferenz in Brüssel. Alle Funktionärinnen und arbeits-freudigen Genossinnen sollen dort vertreten sein.

Leuthsch. Dienstag, den 25. September, 20 Uhr, im Schwarzen Jäger: Genosse Reiter stellt seinen Vortrag fort: „Ist die Ehe eine gottgewollte Einrichtung?“

Wühlh-Chrenberg. Mittwoch, den 26. September, 20 Uhr, im Kindergarten: Vortrag der Genossin Strobel: „Unfreiwillige Mutterschaft.“

Jugend.

Kurjus Halle. Wir fahren am Sonntag, dem 29. Septem-ber, mit dem Zuge 19 Uhr ab Westseite. Wir treffen uns 18,15 Uhr ebendort am Blumenstand. Jeder bringt eine Decke mit.

Jungvolkstätten.

Gohlis. Mittwoch, den 26. September, 20 Uhr, im Heim: Vor-trag des Genossen Rudolf Hartmann: „Vom Urchristentum zum Katholizismus.“ Gäste willkommen.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Leuthsch. Ab morgen spielen wir wieder in der Schule. — Die Kleine Gruppe von 15—17 Uhr, die Jung- und Roten Falken von 17—19 Uhr morgen Mittwoch in der Schule.

Mitglieder-Veranstaltungen

Möckern. Morgen Mittwoch im Heim, 20 Uhr: Mit-gliederversammlung. 1. Genosse Liebmann spricht über Reichs-politik. 2. Wahl eines Bewirtschafters für unser Heim.

Walderholungsstätte in der Harth

Aus der Walderholungsstätte für Lungenkranke in der Harth kommen fortgesetzt Klagen über das dort verwendete Wasser. Es stammt aus einem Schachtbrunnen. Die infolge dieser Klagen vor-genommenen Untersuchungen haben Beanstandungen des Wassers nicht ergeben. Da aber zu befürchten ist, daß der Brunnen bei an-dauernder großer Trockenheit versagt, überdies bei Feuersgefahr er sich absolut unzuverlässig erweisen würde, hat der Rat be-schlossen, der Walderholungsstätte Anschluß an das Wasserleitungs-netz der Stadt Jena zu verschaffen. Die dafür aufzubringenden Kosten werden auf 10 000 Mark geschätzt. Der Rat bittet die Stadt-vertreter, dem Ratsbeschlusse beizutreten.

Anfälle in Leipzig

Eine Fuhrer Pflaumen auf dem Straßenpflaster. Am 24. September ereignete sich in der Waldstraße 7,15 Uhr ein schwerer Autounfall. Ein Wagen, der einen anderen abhakte, wollte an einem Pferdegeschirr vorbeifahren, das ein stehendes Auto über-halte. Dabei mußte der Schleppwagen bremsen, so daß die Kette durchging und auf dem Boden auflag. Die Kette verwickelte sich mit dem linken Vorderrad, was dadurch halb nach links herausbrach und den Wagen auf das Pferdegeschirrwerk losstießen ließ. Das fast abgebrochene Rad gehörte der Steuerung nicht mehr, das Fuhrwerk wurde gerammt, jedoch nicht ernstlich beschädigt, aller-dings wurde die ganze Pflaumenladung des Obstwagens durch den Anprall auf die Straße geschüttelt. Der beschädigte Wagen raste jetzt auf den stehenden Wagen los, doch gelang es dem Führer, ihn 20 Zentimeter vor dem Kühler des anderen zum Stehen zu bringen, so daß alle Beteiligten mit dem Schreck davontamen.

Von einem Auto angefahren. Gestern in der 15. Stunde ereignete sich in der Blücherstraße, Nähe Hauptbahnhof, ein schwerer Unglücksfall. Ein etwa 20jähriges Mädchen lief beim Ueber-schreiten des Fahrdammes direkt in ein Lieferauto hinein, wurde von diesem zu Boden geschleudert und erlitt hierbei schwere Kopf-verletzungen. Es wurde nach der nahegelegenen Sanitätswache gebracht.

Zusammenstoß. In der Kreuzung Pfaffenborjer Straße, Ufer- und Büchnerstraße stießen am Sonntagabend gegen 12 Uhr ein Wagen und ein Personenauto zusammen. Die Fahrerin des Fuhrwerks stürzte auf die Straße und erlitt Hautabschürfungen an den Beinen und Armen. Die Wagenbeidsele zerbrach, während vom Kraftwagen nur der Antriebsmechanismus beschädigt wurde.

Von einer Kurbel schwer getroffen. Am 24. September in der 16. Stunde wurde der Arbeiter Marsch aus der Kleißstraße in Leipzig-Plagwitz, der am Vaggon beim Hochflutbeden arbeitete, von der Kurbel einer Winde auf den Kopf getroffen. Er wurde dadurch am Kopfe schwer verletzt, erlitt außerdem eine Gehirnerschütterung, die seine Ueberführung nach dem Diakonissenhause notwendig machte.

Schwerer Unfall bei der Arbeit. Bei den Arbeiten an der Sachsenbrücke stieß der 29 Jahre alte Arbeiter Karl Meier, am Markt in L.-Lindenau wohnhaft, als er einen Motor anstellen wollte, ab und stürzte ins Wasser. Mit schweren Hüftquetschungen, die er bei dem Falle von der Baustelle erlitt, wurde er nach dem Diakonissenhause gebracht.

Zirkus Krone. Zirkus-Krone kommt, wie schon mitgeteilt, nach Leipzig. Jedoch nur auf die Dauer von 10 Tagen, und zwar für die Zeit vom 2. bis 11. Oktober. Am 13. Oktober muß sein bereits seit längerer Zeit abgeschlossenes Berliner Gastspiel beginnen. Eine Verschiebung seines Leipziger Aufenthaltes ist daher ausgeschlossen. Krone zeigt in Leipzig das gesamte für Berlin bestimmte Pro-gramm präzisierter Spitzenleistungen. Ganz neu für Leipzig bringt er das moderne Sportspiel „Push-Ball zu Pferde“. Außerdem eine dem Zirkus Krone für Deutschland geschickte Neuheit, eine spanische Original-Sitertamp-Parodie der besten spanischen Clowns Carpi-Trio mit spanischen Stierkämpfern. Weiter bietet Krone als einzig dastehendes Weltrekord moderner Dressur die vier Re-nuetz und Charletten tanzen Baby-Elefanten. Diese Elefanten-Revue lohnt, wie man uns versichert, allein den Besuch des Zirkus Krone.

Elternräte der 42., 46. und 57. Schule. Zum Herbstfest der Jugendweihelinder riefen die Schulen ihre Elternschaften so ein, daß der Elternrat pünktlich 14,15 Uhr vom Restaurant Stadt Alten-burg, Lindenauer Markt, erfolgen kann. Die 47., 48. und 49. Schule stellen an der 47. bzw. 48. Schule und schließen sich im Vorbeimarsch an. Sorgt für guten Besuch. Der Obmann der weiff. Elternräte.

Reisverkauf an den Freibänken. Morgen Mittwoch, den 26. September, an der Freibank I Nr. 3451 bis 5000 und Nr. 1 bis 650, an der Freibank II Nr. 1 bis 1800. Von 10 Uhr an freier Verkauf.

Die reaktionäre Hehe

Wie berichtet wurde, haben Dr. Müller für die Deutsche Volkspartei und der Professor Siegert für die Deutschnationalen im Landtage Anfragen eingebracht, über angebliche Vorbereitungen der Kommunisten zum Bürgerkrieg. Zur Beruhigung der sächsischen Speiser hat nun der Innenminister Dr. Apelt eine Antwort erteilt, die deutlich zeigt, daß der Innenminister bemüht ist, die Wünsche der Fragesteller zu erfüllen. Trotzdem zeigt das vom Innenminister vorgelegte Ergebnis der polizeilichen Untersuchung

die ganze Haltlosigkeit der reaktionären Hehe
In der Antwort heißt es:

„Es trifft zu, daß der Brand in der Polizeiaunter-lunz Leipzig-Möckern am 16. August 1928 auf Brandstiftung zurückzuführen ist. Die sofort eingeleitete Untersuchung hat bisher noch keinen greifbaren Anhalt für die Ermittlung des Täters und seiner Beweggründe ergeben. Daß die Tat mit der Unterbringung von Verstärkungen aus Anlaß des kommunistischen Roten Treffens in Leipzig im Zusammenhang steht, ist unwahrscheinlich, weil die Abfertigung von Verstärkungen zur Zeit des Brandes weder verfügt noch beabsichtigt war. Der Brand in der Fernsprechanstalt im Frühjahr dieses Jahres ist mit großer Wahrscheinlichkeit auf Kurzsicht zurückzuführen.“

In der Zeit vom 15. Juli bis 12. August d. J. ist in Einstebe-das 2. Reichsführerlager der Roten Jungfront abgehalten worden, nachdem das erste im Vorjahre vom 3. bis 24. Juli in Tambach-Dietzhart (Thüringen) stattgefunden hatte. Der Verlauf der beiden Lager ist der völlig gleiche.

Das Einstebe-lager befand sich nördlich des Ortes auf dem Turnplatz des Arbeiterturnvereins Germania. Es bestand aus 25 Zelten in Größe und Beschaffenheit der ehemaligen Militärzelte. Die Teilnehmerzahl betrug 108. Täglich fanden abwechselnd sport-lische Übungen (Speerwerfen, Ballspiele, Wettlauf, Springen) und Marschübungen, Geländebewehr, Entfernungsübungen, Kartenlesen und dergleichen statt. Ferner wurde täglich Unterricht erteilt, wozu die kommunistische Broschüre Elementarbücher des Kom-munismus, Herausgeber F. Lassalle, verwendet wurde. Hier-auf wurde fast täglich geschossen zum Wadenmarschieren.

Tatsache ist, daß die Teilnehmer des Reichsführerlagers, die nach einer Mitteilung des Reichsführers sämtlich die Mitgliedschaft des Arbeiterkühnvereins Einstebe erworben hatten, Schieß-übungen auf dem Schießstand des genannten Vereins, der im rechtmäßigen Besitze von zwei Kleinkaliberbüchsen ist, vorgenommen haben. Andere Schießübungen haben nicht stattgefunden, eben-so wenig sind Waffen irgendwelcher Art bemerkt worden.

Zu der Annahme, daß zur Bildung kommunistischer Demonstrationen in Chemnitz durch Signale öffent-lich alarmiert wurde, hat das Polizeipräsidium berichtet, daß am

Sonntag, dem 18. August 1928, nachmittags, als sich die Teil-nnehmer des Roten Frontkämpferbundes auf dem im Kämpfer-belanntgegebenen Stellungsplatz auf der Blomstraße gesammelt hatten, um auf Lastkraftwagen zum Mitteldeutschen Treffen des Roten Frontkämpferbundes nach Leipzig zu fahren, dort vor der Abfahrt Signale geblasen worden seien. Hierbei habe es sich aber nicht um eine Alarmierung der KPD-Mitglieder gehandelt. Auch bei anderen Gelegenheiten sei das Abgeben von Alarmblasen noch nie bemerkt worden.“

Dr. Apelt versichert in seinem Schreiben, daß die Polizei in keinem Falle verlangt hat.

Um eine „völlig einwandfreie Klärung des Sachverhalts“ herbeizuführen, hat das Ministerium die polizeilichen Erörterungen auch noch an die Oberreichsanwaltschaft abgegeben, die bekanntlich gegen die Kommunisten ein Ermittlungsverfahren wegen Hoch-verrat eingeleitet hat.

Der Landesvorstand der deutschen Volkspartei ist natürlich sehr befriedigt vom dem Innenminister, er hat an die Landtags-fraktion der Volkspartei das Ersuchen gerichtet, sich für die Durch-führung der Forderung des Innenministers tatkräftig einzusetzen.

Die reaktionäre Presse vom Schlage der Leipziger Neue-ten behauptet dreist, die Antwort der Regierung beweise, daß die Regierung die ersten Gefahren in vollem Umfange erkenne. In Wirklichkeit zeigt die Regierung durch die angeführten Tatsachen selbst, daß die reaktionäre Hehe jeder Grundlage ent-behrt.

Ein weiteres Merkmal der reaktionären Hehe ist eine neue Anfrage der Deutschnationalen im Landtage, die Herr Frickh eingeleitet hat. Frickh behauptet, beim kommunistischen Jugend-tag in Dresden am 2. September hätten kommunistische Truppen versucht, in Wohnungen einzudringen, um schwarzweisse Fahnen zu entzieren.

Daß diese Hehe sich nicht nur gegen Kommunisten, sondern auch gegen Sozialdemokraten richtet, beweist die volksparteiliche Sachsenstimme, die nach dem Staatsanwalt schreibt, weil Genosse Edel in einer Dresdner Funktionärsitzung festgestellt hat: „Der deutsche Militarismus ist keineswegs tot, in der Dummheit des deutschen Hurrapatriotismus liegt eine große Gefahr für die Welt.“ Diese Feststellung soll nach der Sachsenstimme Landes-verrat sein.

Das alles zeigt, wie aktiv die Reaktion aufrüstet und systema-tisch für ihre Pläne Stimmung macht.

Zugung der sächsischen Gemeindebeamten

Am Montag fand die geschäftliche Zugung des Bundes statt, die den Geschäftsbericht, die Kassenrechnung und Wahlen brachte. Aus den Begrüßungsworten ist zu erwähnen, daß der Vertreter des Sächsischen Gemeindegeldes die Verbundenheit seiner Organisation mit der sächsischen Gemeindebeamtenschaft betonte und bemerkte, daß der Gemeindegeld zur Frage der Verwaltungsreform mit den Beamten die Auffassung vertritt: Verwaltung läßt sich nicht mecha-nisieren. Hülge, der 1. Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, feiert den Sächsischen Gemeindebeamtenbund als das stärkste und feste Glied des Deutschen Beamtenbundes. Die scharfe und dauernde Kritik der Gemeindebeamtenschaft sei immer sachlich ge-wesen.

Im Gegensatz zu den salbungsvollen Reden des Regierungs-vertreter betonte der Bundesdirektor Schäuber zum gedruckten vor-liegenden Geschäftsbericht, daß der Widerstand der Regierungen gegen die Forderungen der Beamtenschaft planmäßig immer stärker werde. Seine weiteren Ausführungen zum Thema Wirtschaft, Kartell- und Preispolitik zeigten deutlich, wo die Drahtzieher der Regierung sitzen. Einen Schritt weiterzugehen und zu erklären, daß sich die Beamtenschaft aktiv in einer Kampfeslinie mit der organisierten Arbeiterkraft finden muß, brachte der Redner nicht fertig. Er will das Berufsbeamtenium zum Volksbeamtenium wandeln und glaubt dieses Ziel ohne Hilfe erreichen zu können. Kostengeld und Erziehung zu einer besonderen Klasse des Beamten-tums lehne die Beamtenschaft ab.

Genosse Schmidt (Leipzig) und andere Redner fordern in der Aussprache die Zusammenarbeit zwischen Arbeiter- und Be-amtenschaft und vom Deutschen Beamtenbund Wiederaufnahme der Ein-gangsverhandlungen.

Die Zugung nahm eine Anzahl Entschlüsse an. Die erste lautet:

„Der Bundestag des Sächsischen Gemeindebeamtenbundes legt erneut das Bekenntnis zum deutschen republikanischen Volksstaate ab. Die sächsischen Gemeindebeamten wollen ihre ganze Kraft in den Dienst der Volksgemeinschaft stellen, den Volksstaat immer mehr befestigen und am Ausgleich der sozialen Gegensätze mit-arbeiten.“

Diese staatspolitischen Aufgaben erfordern eine rechtlich und wirtschaftlich gesichertes, von Parteien und Gruppen unabhängiges Berufsbeamtenium.

Der Bundestag stellt mit lebhaftem Bedauern zum wieder-holten Male fest, daß die in der Reichsverfassung gegebenen Ver-sprechungen auf die Schaffung eines einheitlichen Beamtenrechts und eines Beamtenvertretungsorgans immer noch unerfüllt sind. Die zu ihrer Erfüllung unternommenen Schritte wurden stark durch den föderalistischen Charakter des Reiches und durch die Uneinig-keit der Regierungsparteien des Reichstages gehemmt.

Der Bundestag bekräftigt die von der gegenwärtigen Reichs-regierung gemachten Zusagen, erwartet nun aber von ihr und vom Reichstage die baldige Herbeiführung dieser notwendigen beamten-rechtlichen Regelungen.

Die zweite Entschlüsse beschäftigt sich mit der Be-amtensbesoldung; sie sagt u. a.:

„Die Besoldungsgehebung des Jahres 1927 hat Verjüm-nisse, die auf dem Gebiete der Besoldungspolitik seit dem Jahre 1924 von Reich, Ländern und Gemeinden an der Beamtenschaft be-gangen worden sind, nur teilweise wieder gutgemacht. Bei der Neu-regelung sind alle sozialen Rücksichten, die die seit Jahren von der Be-amtensschaft angestrebte und von den Regierungen versprochene Re-form billigerweise hätte nehmen müssen, unbeachtet geblieben.“

Entgegen dem Willen der Beamtenschaft ist das bisherige Gruppenstimm nicht verbesert, sondern zugunsten eines rückschritt-lichen Laufbahnsystems verworfen worden. Darüber hinaus werden die Kürzung des Wohnungsgeldzuschusses für ledige Beamte, die Benachteiligung der nichtplanmäßigen Beamten und der Ruhe-ständler, die Schädigung der Dienstwohnungsinhaber, die unzu-reichende Höhe der Bezüge besonders der unteren Gruppen und die Bestimmungen zur Ueberleitung aus dem alten in das neue System als Härten empfunden. Die Befreiung der Verzahnung, die Er-weiterung der Gehaltsstufen innerhalb der Gruppen und das Zulage-system sind besondere Merkmale einer Rückwärtsentwicklung gegenüber der Besoldungsgehebung des Jahres 1920.

Der Bundestag beauftragt den Bundesvorstand, von sich aus und durch Einwirkung auf die Spitzenorganisationen unabhängig bemüht zu bleiben, die Befreiung der geschaffenen System- und Rechts-verhältnisse, der Härten und sonstigen Mängel des geltenden Gesetzes anzutreiben.“

Die dritte Entschlüsse wendet sich gegen Politik der Weis-steuerung durch Schutzzölle, Preisbindungen der Kartelle usw.

Weiter wurden noch Leitätze zum Referat über die Stellung der Gemeinden im heutigen Staat und Richtlinien zum Bericht des 2. Bundesvorstehenden Bürgermeister Rühr, Döbeln, über die Stellung zur Verwaltungs- und Staatsreform an-genommen.

Die sächsischen gemeinnützigen Bauvereinigungen

16. Hauptversammlung in Plauen i. V.
Die sächsischen gemeinnützigen Bauvereinigungen trafen am Sonntag, dem 22., und Sonntag, dem 23. September, in Plauen i. V. zu ihrer 16. Hauptversammlung zusammen. Es waren etwa 500 Delegierte aus aller Teilen Sachsens erschienen. Außerdem waren noch Vertreter Reichs- und Landesregierung, Vertreter der Städte Dresden und Plauen und einiger vogtländischer Städte sowie noch eine ganze Anzahl von Behörden und Vereinigungen.

Der Sonntagabend nachmittag war internen Beratungen gewidmet, in denen der Geschäftsbericht gegeben und die erforderlichen Neu-wahlen vorgenommen wurden. Aus dem Geschäftsbericht sind fol-gende Tatsachen von größerem Interesse: Dem Verband der Säch-sischer gemeinnützigen Bauvereinigungen gehörten am 1. Juli 1928 263 Vereinigungen mit insgesamt 83 341 Mitgliedern an. Diese dem Verbande angehörenden Vereinigungen haben bis jetzt 30 970 Wohnungen errichtet. Den deutschen Bauvereinigungen gehören rund 750 000 Mitglieder an. 1928 haben die sächsischen Bauver-einigungen 3638 Wohnungen errichtet, im Jahre 1927 aber, das bis-her ein Rekordjahr im Wohnungsbau war, 8348 Wohnungen; das sind 38 Prozent aller in Sachsen 1927 gebauten Wohnungen. Der Verbandstag nahm einstimmig eine Entschlüsse an, in der das Vorhaben der sächsischen Regierung, ein Herbstbauprogramm aufzu-stellen und zu finanzieren, begrüßt wird.

Die Bauvereinigungen nehmen aber Stellung gegen die Her-stellung von Kleinstwohnungen, die, wie in der Entschlüsse zum Ausdruck kommt, mit Wohnungsreform und Wohnungsfürsorge nicht zu vereinbaren seien. Weiter fordern sie die gesetzliche Befreiung der Mietzinssteuer auf mindestens zehn Jahre, damit Bau-programme auf lange Sicht geplant werden können.

Zu der, am Sonntagvormittag stattgefundenen öffentlichen Kundgebung, in der Stadtbauinspektor Dr. Gut-München einen Lichtbildvortrag über den Wohnungsbau der Nachkriegszeit hielt, führte Ministerialdirektor Dr. Kitzel u. a. aus, daß im Jahre 1927/28 im Reich 290 000 und in Sachsen 22 000 Wohnungen ge-baut worden seien. Diese Zahl werde aber im kommenden Baujahre nicht erreicht werden.

Ein ganzes Gut niedergebrannt!

Am Sonntagabend in der 20. Stunde entstand in der mit Erntevorräten voll gestapelten Scheune des Landwirts Lorenz in Dürzwitz ein Brand, der sich ungemein rasch über das ganze Anwesen ausdehnte. Mit knapper Not konnte das Vieh aus den Ställen geholt werden. Die Maschinen, Geräte, Wagen, Möbel und die ge-samten Ernte-Erträge, darunter auch viele Kartoffeln, wurden ein-rauch der Flammen; ebenso kam das Geflügel im Feuer um. Ob der Schaden durch Versicherung gedeckt ist, ist unbekannt.

Pirna. Eine Mühle niedergebrannt. Im Seidewitz-tal ist die Rentmannsdorfer Mühle ein Raub der Flammen ge-worden, wobei große Bestände von Mehl und alles Geräte ver-nichtet wurde.

Neugersdorf. Vom tollen Hund gebissen. Bei einem dem Schriftföhrer Freund gehörigen Schieferhund, der den Sohn des Besitzers gebissen hatte, ist nunmehr Tollwut amtlich festgestellt worden. Das Tier wurde getötet. Der junge Mann mußte sich der Schutzimpfung unterziehen.

Annaberg. Das gefährliche Motorrad. Auf der Fahrt von Oberwiesenthal nach Annaberg wurde beim Vorbei-fahren an einem großen Automobil bei Hammer-Unterwiesenthal eine Dame von dem Sozius eines Motorrads herunter-geschleudert und so schwer verletzt, daß sie nach wenigen Augen-blicke verstarb.

VOLLKOMMENHEIT VERBÜRGT
DIE



PFÄFF

FÜHRENDE
DEUTSCHE NÄHMASCHINE

LEIPZIG:
Hauptgeschäft: Reichsstraße 21
Zweiggeschäft: Zeitzer Straße 6
Zweiggeschäft: L.-Plagwitz, Karl-Heine-Straße 51

Die neuen Kalender sind erschienen!

**Illustrierter
Neue-Welt-Kalender 1929**
Preis 80 Pfg.

Wichtig für alle Gartenbesitzer und Kleinflebler!
**Blumenschmidts Abreißkalender
1929**
mit täglichen Ratsschlägen für Garten- und Blumenfreunde
Preis 75 Pfg.

Kosmos-Abreißkalender 1929
Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde
Preis 2,40

Alle Absträger und Filialen der Volksgemeinschaft nehmen
Bestellungen entgegen

Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig C 1
Abt. Buchhandlung, Tauchaer Str. 19-21

Hilfliche Bekanntmachungen

Die Zulassungsbekanntmachung für den
Personenkraftwagen - Ford - mit dem
Kennzeichen
III - 4033
Besitzerin: Fr. Ruberoldwerke H. G.
Dambura, Leipzig, Gottscheestraße 24, II,
ist abhandeln gekommen.
Zur Verhütung von Mißbrauch wird
diese Zulassungsbekanntmachung hiermit für
ungültig erklärt.
Leipzig, den 24. September 1928.
Das Polizeipräsidium.

Von der Reise zurück!
Kinderarzt Dr. Loebenstein
Leipzig N 22, Hallische Str. 48.

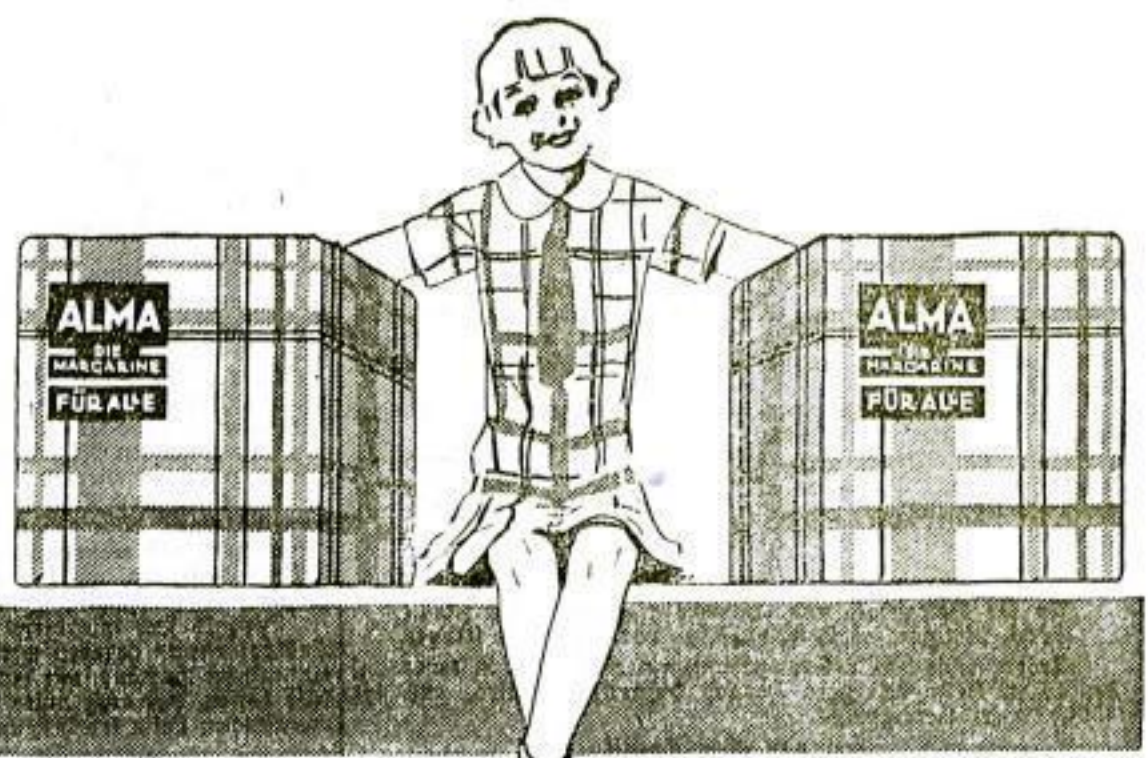
S.-R. Dr. Hirschfeld
O 30, Eisenbahnstr. 29.
Von der Reise zurück!

**Zurück
Zahnarzt Dr. Meyer**
L.-Eutritsch, Delitzscher Str. 13

Carl Rohne, Taucha
Augen-Diagnostiker
vom 28. Septemb. bis 3 Oktober verreist.

Stellengesuche
29jähr. Geschäftsinhaber
(Lebensmittelkaufmann)
mit gedieg. Schulbildung, kautions-
fähig, sucht Stellung als
Filialleiter, Lagerverwalter
od. ähnlichen Posten. Offerten unter
D. 40 an die Expedition d. Blattes,
Tauchaer Straße 19/21, erbeten.

Stellenangebote
Frauen
werden eingestellt bei
Otto Pretzsch, L.-Lindenau
Blautstraße 31



**Das
Schmuckkästlein**

der deutschen Frau, die Küche, kann nicht reiner sein als die
weissgekachelten Räume und nickelblitzenden Maschinen der grossen
Blauband-Werke, in denen jetzt auch die neue Marke „Alma“
hergestellt wird. Grosse Mengen bester Milch, feine Speisefette,
Salatöle und Eigelb werden hier, ohne Berührung durch Menschen-
hand, zu fertigverpackter Margarine. Wozu also noch Vorurteile?
„Alma, die Margarine für Alle“ ist ein wirklich gesunder,
nahrhafter, butterduftender Brotaufstrich.

Das ganze Pfund für nur 85 Pfennig.

ALMA FÜR ALLE
DIE MARGARINE

FAMILIEN-NACHRICHTEN

Für die zahlreichen Beweise der Ehrung und Anteilnahme beim
Helmgehe unseres lieben Verstorbenen, des **Schriftsetzers**
Max Kalb
ist es uns nur auf diesem Wege möglich, allen, die ihm das
letzte Geleit gaben, herzlichst zu danken. Kranzspenden,
Gedenkreden und der Grabgesang seiner Kollegen ließen uns
erkennen, daß unser lieber Verstorbener hochgeehrt wurde.
Leipzig-Connewitz, den 25. September 1928.
Auguste verw. Kalb
im Namen aller Hinterbliebenen.

Kdrb. Schulm. f. Nachm.
ges. Promenadstr. 29, I r

Verkäufe
Garten mit Obst-
bäumen, bei
Maschinen liegend,
unter günstigen Ver-
hältnissen zu ver-
kaufen. Off. W. 80
Hilf. Leipzig-Str. 32,
Dieskaustraße 5.

**Auf Kredit
Damen-
Garberobe**
mit kleiner Anzahlung
Scherbel
Markt 2
(Rothhauserstr.)

Winterkartoffeln
„Industrie“, gibt laufend ab amischen
Gartenverein Landriesen u. Ritter-
gutspark. Rittergut Schönau.

Mutenkartoffeln
„Gelbe Industrie“, Winterware, ver-
gibt täglich ab Donnerstag, den
27. September, von früh 7 Uhr,
am Heiteren Blick
vor dem Holze.
Rittergut Abnaundorf.

Reform-Betten
mit Stahlmatrize
od. Ausföhrung
1 Mark
wöchentl. Teil-
zahlung an
Nur 35.-
M. Wuhl
Brühl 10 II

Fertige Betten,
Inletts, Federn auf
Teilsahlung.
Julius Fellin,
Sternwartenstr. 24.

**Aut Kredit
Schlafzimmer
Rüchen**
mit 5 Woch. Anzahlung
Möbel-Kurs-Preis-Paus
Hans Hoffmann
Katalstraße 10, I. Etage

Schlafzimmer-Schränke,
Korridor-Schränke
auf Teilsahlung.
Julius Fellin,
Sternwartenstr. 24.

Schlafzimmer
Eiche, Birke lauf. 480
Möbel-Schreiber,
Pl. Schmiedestr. 7.

Wahschwannen billig
Humboldtstraße 20*

Kinderwagen
30 Wkt. an
Klappwagen
9 Wkt. an
Puppenwagen
8 Wkt. an
ev. 30kg. Erleichterung.
Eiffelstr. 40, I. Etg.

Aufwals-Tische,
Rüchen-Schränke
auf Teilsahlung.
Julius Fellin,
Sternwartenstr. 24.

Sprechapparate
Kleber, Anzahlung
Bodenrat. v. 1.- an
Schallpl. a. Marken
„Cubersaphon“
Maulhandlung E. Bernhardt,
Waisenstraße 12, an der Marktstr.

Kaufgesuche
Gold, Silber,
Brilliant, Gebisse
kauft Hans Dünkel
Promenadenstraße 25*

Diverses
Ein 7 Wochen alter
Knabe wird in mo-
derne pädagogische
Erziehung u. Pflege
gegeben. Angebote
mit Preis u. W. 47
an d. Exp. d. Bl.,
Tauchaer Str. 19/21

Ihr Anzug
wird „wie neu“ ge-
reinigt u. gebügelt f.
45.50, Abhol. u. Sul-
fest. Voit. amümt an
Reinigung „Undine“
L. Obflitz, Buchardstr. 6

Saben Sie Stoff?
fertige Ihnen einen
modernen Anzug od.
Mantel nach Maß
mit Autaten von
29 Mark an
Rudolph, L.-Rudnitz,
Frommannstr. 15, D.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme
beim Hinscheiden unserer lieben Tochter,
Schwester, Schwägerin und Tante
Marie
sagen wir hierdurch unseren herzlichsten Dank.
Liebertwolkwitz, den 23. September 1928.
Emilie verw. Rätz
nebst Hinterbliebenen.

Gute Drucksachen

von der einfachsten bis zur geschmackvollsten,
modernsten Ausführung in ein- und mehrfar-
bigem Druck liefert pünktlich für Gewerbe,
Handel, Behörden und Private, auch in Massen-
auftrag (hergestellt im Flachdruck sowie im
Rotationsbetrieb) bei billiger Preisberechnung
Leipziger Buchdruckerei A. 9.
Leipzig, Tauchaer Straße 19-21 - Fernsprecher Nr. 7226

*Teht bin ich wieder frisch und
munter!*

[998] Zum Schluss erlaube ich mir noch
Ihnen mitzutellen, daß ich mit meiner ganzen
Familie schon seit langen Jahren zu Ihren
eifrigsten Kunden gehöre und wir mit Ihrem
Kaffee Hag sehr zufrieden sind. Zwar bin
ich etwas herzleidend, aber trotzdem zieht
auch meine ganze Familie den Hag-Kaffee
allen anderen Kaffees wegen seines Wohl-
geschmacks und seiner Bekömmlichkeit vor.
Auch werbe ich immer unter meinen Bekannten
weitere Kunden für Sie und habe Ihnen aus
inniger Ueberzeugung schon viele zu-
geführt.
Victor Isigetmann.

[884] Seit vielen Jahren trinke ich nur
Kaffee Hag. Ich war früher immer nervös.
Durch den Genus von Kaffee Hag haben sich
tatsächlich diese nervösen Erscheinungen nicht
mehr gezeigt. Ich bin viel ruhiger geworden.
Bei Einladungen erklünde ich mich immer,
od. collettireler Kaffee Hag serviert wird. Ist
es nicht der Fall, so verzichte ich auf eine Tasse
Kaffee. Ich bin dann immer angenehm über-
rascht, bei der nächsten Einladung Kaffee Hag
zu bekommen.
Frau Frey-Stelger.

[998] Wir ziehen
Hag jedem
anderen Kaffee
vor....

[972] Wir möchten
ihnen nicht mehr
wissen.....

[972] Wir haben uns nun so an Ihren
Kaffee gewöhnt, daß wir ihn nicht mehr missen
möchten, speziell da er auch neben seinem
feinen Aroma den Nerven gar nicht schadet.
Gerne werden wir den Kaffee Hag unseren
Bekanntem, die ihn noch nicht kennen, aufs
wärmste empfehlen.
Frau Winter-Heuzinger.

[966] Ich konnte nichts sehr schlecht
schlafen, auch fiel mir das Treppensteigen
immer schwer, sowie das weite Gehen. Da kam
ich auf die Idee, einmal den Kaffee Hag zu
kaufen und anderen Kaffee zu meiden. Schon
nach einer Woche merkte ich Besserung und
jetzt bin ich wieder frisch und munter. Ich bin
54 Jahre alt und mache jetzt die größten Aus-
flüge ohne Beschwerden und Aufregung. Auch
meiner Familie bekommt der Kaffee gut. Ich
habe Kaffee Hag schon vielen empfohlen, die
mit dem Narven zu tun hatten, aber dennoch
fühle ich mich verpflichtet, Ihnen zu schreiben,
wie vorzüglich Ihr Getränk ist. Es sollte in
keiner Familie fehlen.
Frau Anna Urbach.

Aus dem Archiv der Kaffee-Handels-Aktiengesellschaft, Bremen

Hansi auf dem Sumpffang

Die Firma Tittel & Krüger ist bei der Leipziger Arbeiterschaft durch ihre Ausbeutungs- und Bevormundungsmanieren reichlich bekannt. Wir haben ja wiederholt darüber berichtet, wie diese Firma Arbeiter und Arbeiterinnen nach Leipzig lockt, sie im Geschäft kaserniert, sie von der übrigen Arbeiterschaft absperrt, um sie so nach allen Regeln der Kunst auszubeuten.

Diese Firma versucht nun, die Arbeiterschaft auch in ihrer freien Zeit unter ihre Fuchtel und Kontrolle zu bringen. Die Arbeiter und Angestellten sollen in einen Fabriksportverein gepreßt werden. Sie stehen aber dieser gelben Sumpfpflanze mit Mißtrauen gegenüber. Deshalb muß Hansi im Auftrag der Firma an die Belegschaft folgendes Flugblatt verteilen:

Leipzig W. 11, 12. 9. 28.

An die Belegschaft und sämtliche Angestellte der Firma Sächs. Wollgarnfabrik G. m. b. H. vorm. Tittel & Krüger.

Trotzdem die NWA-Sportzeitungen verteilt sind, in denen auf der ersten Seite besonders darauf hingewiesen wird, daß die NWA-Sportvereinigungen

frei von aller Politik

sind und lediglich die Gesundheit jeder einzelnen Person fördern, und somit die Gesamtheit körperlich kräftigen wollen, hört man immer wieder Mißtrauensäußerungen, gegenüber der Direktion und der Bewegung. Zum Beispiel lautet eine sehr üblige Rede „wer weiß, was die Direktion für Vorteile sucht, wenn sie soviel Geld für Propaganda usw. ausgibt! Was will nun die Direktion? Wie fast alle Konzernleitungen des Auslandes und Deutschlands verfolgt auch die unsrige den Zweck, auf ganz natürliche und bequeme Weise gesunde und widerstandsfähige Menschen heranzubilden und zu beschäftigen. Nur auf diese Weise werden die sozialen Lasten der Allgemeinheit geringer (Krankentafeln, Krankenhäuser usw.).

Also, ich erkläre nochmals, daß diese Sportbewegung nichts mit der vermeintlichen gelben Flagge zu tun hat, sondern neutral ist. Unterzeichner, der schon lange in der Sportbewegung steht und manchem Leser oder Leserin dieser Zeilen bekannt ist, bittet im Namen der Sportabteilung Teta um Vertrauen und hofft, daß nunmehr die Zweifel beseitigt sind und Anmeldungen in Massen folgen werden.

In diesem Sinne lesen Sie alle nochmals ohne Vorurteil die letzte NWA-Sportzeitung.

NWA-Sportvereinigung Leipzig, geß. Hansi Bendorf.

NB. Sportkleidung wird zur Verfügung gestellt.

Wie rührend von der Firma, daß ihr die Gesundheit und das Wohlergehen ihrer Arbeiter und Angestellten so am Herzen liegt, daß sie Ansummen dafür ausgibt, den gelben Wertportverein zu fördern. Sogar die nötige Sportkleidung wird frei und kostenlos zur Verfügung gestellt.

Und das tut dieselbe Firma, die sich jedem Pfennig Lohn-erhöhung und jeder Minute Arbeitszeitverlängerung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln widersetzt. Die Arbeiter und Angestellten haben ein ganz gesundes Empfinden, wenn sie dieser Wertportbewegung mit dem allergrößten Mißtrauen gegenübersehen. Nicht die Sorge um das Wohlergehen ihrer Arbeitskollegen ist die Triebfeder, wenn die Unternehmer Ansummen für die Gründung und Unterhaltung von gelben Wertport- und Gesangsvereinen ausgeben, sondern ihr wohlverstandenes eigenes Interesse.

Diese gelben Wertvereine haben den Zweck, die Arbeiterschaft auch in ihrer freien Zeit unter die Botmäßigkeit der Unternehmer zu zwingen, sie dem Einfluß der übrigen Arbeiterschaft zu entziehen und sie von ihren politischen und gewerkschaftlichen Aufgaben und Pflichten abzulenkten. Man will die Arbeiter, besonders die Jugend, zu willenlosen Heloten erziehen, die sich von ihrem strupelosen Unternehmer willig ausbeuten lassen.

Diese gelben Wertvereine sind die größten Feinde der Arbeiterschaft. Bedauerlich ist, daß es immer noch Elemente gibt, die dem Unternehmer willige Hefersdienste leisten, vielleicht auch, um sich im Geschäft irgendeinen einträglichen Posten zu ergattern.

Wir warnen die Arbeiterschaft vor diesen gelben Vereinen. Wer als Arbeiter Sport treiben will, findet reichlich Gelegenheit in unseren Arbeiter-Turn- und Sportvereinen, wo er unter Gleichgesinnten im weitesten Maße Leibesübungen und Sport treiben kann.

Kommt, hört, staunt!

In diesem Jahrmarktstil ladet die Stadtteilleitung C der Kommunistischen Partei die Arbeiterportler zu einer Versammlung ein, in der der Sportklubteilnehmer Walter Linke der Leipziger Arbeiterschaft im Auftrage der KPD erzählen soll, wie die russische Arbeiterschaft lebt und Sport treibt.

Ob die KPD nicht selbst das Räucherliche empfindet, wenn ein deutscher Arbeiter, ohne jede russischen Sprachkenntnisse, ohne die allergeringsten Kenntnisse der geographischen, ethnologischen, politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Struktur des riesenreichen drei Tage an einem Fest in Moskau teilgenommen hat, leicht über russische Verhältnisse Bericht erstatten soll. Ob die KPD nicht begreift, daß der Teil der deutschen Arbeiterschaft, der sich wirklich über russische Verhältnisse unterrichten will, durch eine solche Hanswurstdade abgestoßen wird, und daß dadurch eine wirkliche Verständigung der beiden Völker eher gehemmt als gefördert wird.

Oder ist die KPD wirklich der Meinung, daß ein Arbeiter in ein paar Tagen Rußland so kennenlernt, daß er dann der Arbeiterschaft über russische Verhältnisse berichten kann? Nein. Man drückt eben einem solchen Rußlandfahrer ein fertiges Manuskript in die Hände, und dann wird er auf die deutschen Arbeiter losgelassen.

Um ein solches Reich in allen seinen Teilen und Verhältnissen kennenzulernen, dazu gehört — bei den nötigen Vorkenntnissen — ein wochen- und monatelanges Studium, wenn man der deutschen Arbeiterschaft ein wirklich einwandfreies und wahrheitsgetreues Bild von den russischen Verhältnissen geben will.

Deshalb sind alle diese Berichte, die von Delegationen und Rußlandfahrern gegeben werden, nichts weiter als ein großer kommunistischer Humbug, mit dem man die Arbeiterschaft einleiten will. Wir hoffen, daß auch unsere Arbeitersportler nicht auf diesen kommunistischen Reim kriechen und solchen Versammlungen fernbleiben.

Eine Schulungswoche

veranstaltet der 4. Kreis im Arbeiter-Turn- und Sportbund für seine Kreismitglieder vom 30. September bis zum 6. Oktober im Kreishaus Johannisberg bei Jittau. Im Gegensatz zu den früheren ähnlichen Veranstaltungen ist der Lehrplan vorwiegend der Theorie der Leibesübungen gewidmet. Es wird an den 6 Tagen versucht werden, neue elementare Wege zu finden und herauszukristallisieren. Alle Sparten sind an diesem Kursus beteiligt. Die Leitung liegt in den Händen des Kreisfrauenwarts Genossen Heyne, Leipzig.

Kreisfest Dresden

Die neue Auflage von den Erinnerungsblättern ist fertiggestellt, mit dem Versand ist bereits begonnen worden. Vereine und Abteilungen, die sofort bestellen, haben noch Aussicht auf schnellste Belieferung. Darum beist euch! Die Erinnerungsblätter umfassen 24 Seiten mit über 50 hervorragenden Bildern, seinem Umschlag mit Rotem Ruser und aller Resultaten vom Kreisfest. Preis pro Stück 1 Mark. Jeder Kreisfestteilnehmer muß die Erinnerungsblätter besitzen. Ein weiterer Nachdruck findet nicht statt. Haltet Umfragen! Dann sofort Nachricht an den Verlag Sächsischer Arbeitersport, Dresden-N., Wettinerplatz 10.

Die neueste Nummer des Sächsischen Arbeitersporters bringt einige hochinteressante Bilderartikel, darunter einen über unsere Festkultur. Sport und Arbeit behandelt die Wertsportfrage; das weitestreichende neueste Spielverzeichnis (Handball und Fußball) aus aller Bezirke. Der Sächsische Arbeitersport ist seit zehn Jahren das Publikationsorgan der sächsischen Arbeitersportler und tritt für alle Belange in der nachdrücklichsten Weise ein. Wer von den neuesten Ereignissen im Arbeitersport fortlaufend unterrichtet sein will, bestellt sofort bei der Post oder beim Verlag Sächsischer Arbeitersport, Dresden-N., Wettinerplatz 10.

Vereinsdreikampf

der Vereine Normwärts-Süd, WSA-Südwest und Fichte.

Am 23. September fand als letztes sportliches Ereignis vor dem Herbstwettbewerb auf dem Sportplatz Leipzig-Süd der Vereinsdreikampf obiger Vereine statt. Für den abgehenden Verein WSA wurde von Normwärts-Süd noch eine zweite Mannschaft aufgestellt. Die Wettkämpfer waren zahllos angetreten, auch die Zuschauer waren in bestechender Zahl erschienen. Die Resultate sind:

	Norm.-Süd I	Südwest	Fichte	Norm.-Süd II
Männer:	1451 1/2	1237	1179	1034
Jugend:	862 1/2	724 1/2	488	558
Sportlerinnen:	583	626 1/2	624 1/2	810 1/2
	2897	2588	2289 1/2	1890 1/2

Wettkämpfe

100 Meter, Sportler: Belgmann, Norm.-Süd, 11,7 Sek.; Segel, WSA, 11,8 Sek. Jugend: Krüger, Normwärts-Süd, 12,8 Sek.; Hauptmann, WSA, 12,9 Sek. — Sportlerinnen: Schappel, Normwärts-Süd, 14,3 Sek.; Fz, Fichte, 14,9 Sek. Wettkampfung, Männer: Henkel, Fichte, 5,68 Meter; Hülgenhof, Normwärts-Süd, 5,58 Meter.

Spezieserren, Männer: Gaische, Normwärts-Süd, 45,65 Meter; Volkmann, Normwärts-Süd, 43,81 Meter. — Jugend: Göbde, Normwärts-Süd, 47,14 Meter; Körner, Normwärts-Süd, 39,65 Meter.

Spezieserren, Männer: Iker, Normwärts-Süd, 32,01 Meter; Gaische, Normwärts-Süd, 28,47 Meter. Schlenkerhoff, Sportlerinnen: Krenth, Fichte, 33,24 Meter; Rüdterhoff, Normwärts-Süd, 29,94 Meter. Wettkampfung, Sportlerinnen: Gehard, Normwärts-Süd, 4,07 Meter; Segel, WSA, 3,92 Meter. Kugelwelen, Männer: Iker, Normwärts-Süd, 16,82 Meter; Gaische, Normwärts-Süd, 16,35 Meter. — Sportlerinnen: Volkmann, WSA, 7,33 Meter; Rüdterhoff, Normwärts-Süd, 6,74 Meter. Gehprüfung, Jugend: Segel, Normwärts-Süd, 1,45 Meter; Hauptmann, WSA, 1,41 Meter. 1000 Meter, Jugend: Säger, Fichte, 3:00,1 Min.; Duffsch, Norm.-Süd, 3:00:4, 408 Meter, Männer: Rehberg, Fichte, 54 Sek.; Geuner, Normwärts-Süd, 55,5 Sek. 2000 Meter, Männer: Jakob 9:20 Min.; Schildemann 9:32 Min., beide WSA. 3 mal 1000 Meter, Männer: Schwach 8:38,3 Min.; Fichte 8:54,9 Min. 4 mal 100 Meter, Männer: Normwärts-Süd I 46,2 Sek.; Normwärts-Süd II 47,2 Sek. — Sportlerinnen: Schwach 57,8 Sek.; Fichte 59,2 Sek. — Jugend: Bore Normwärts-Süd 59,1 Sek.; Schwach 59,8 Sek.

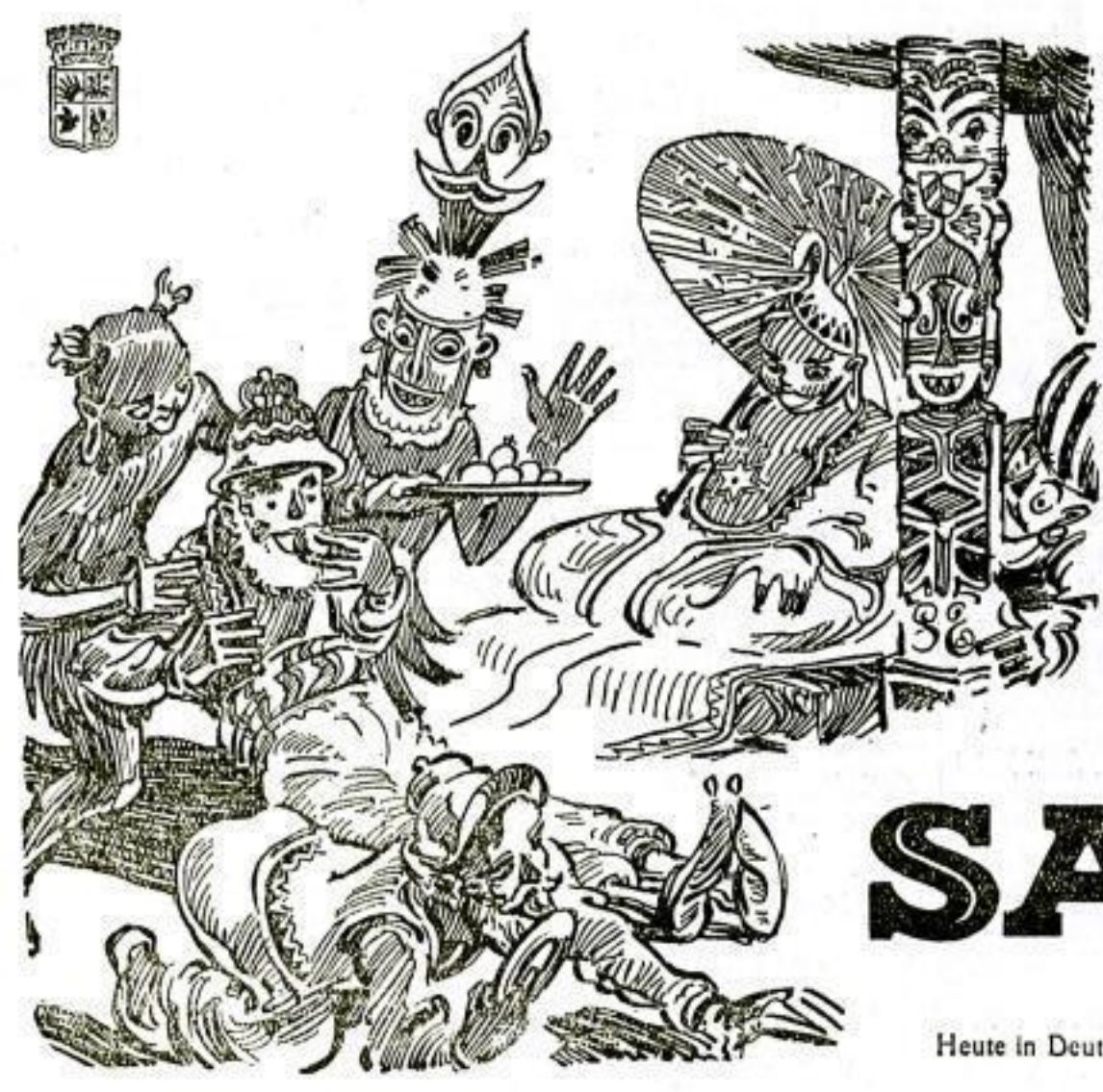


u. Quasitig. Das wahre Gesicht der Quasitiger Kommunisten. Die letzte Gemeindeverordnetenversammlung hatte sich mit der Nachwahl eines Stellvertretenden 2. Bürgermeisters zu befassen. Da der 1. Bürgermeisterstellvertreter, der Kommunist Beyer, zur Zeit in einer Erholungsstätte weilte, mußte noch ein 2. Stellvertreter gewählt werden, damit der Bürgermeister seinen Urlaub antreten kann. Vorgeschlagen wurde von der SPD Genosse Koffbach und vom Bürgerbund Herr Kuhl; die KPD gab die Erklärung ab, daß sie nicht an der Wahl teilnehmen werde, zur Freude der Bürgerlichen! Anwesend waren 7 Vertreter der Bürgerlichen, 5 der SPD und 2 KPD-Leute. Das Resultat war: 5 Stimmen für unseren Genossen Koffbach, 8 Stimmen für den bürgerlichen Kuhl und 1 Stimme für Herrn Auerbach von ganz rechts; 2 Zettel waren weiß. Hätten nun die Kommunisten für unseren Vorschlag gestimmt, so war ein Arbeitervertreter gewählt; aber sie wollten wieder einmal der verhassten SPD ein Ausweichen und Verlassen des Bürgerlichen zum Stehl! So treiben hier die KPD-Vertreter ihre „Arbeiterpolitik“! Die Arbeiterschaft wird sich das merken und diesen Leuten bei der nächsten Wahl die entsprechende Quittung geben. Die Herren der bürgerlichen Fraktion gaben in der Debatte wiederholt die Erklärung ab, daß sie Herrn Beyer gar nicht verdrängen wollten, er sollte weiter 1. Stellvertreter bleiben; um Schluß brachten sie aber einen Antrag ein: Die Verordneten möchten bestimmen, „wer nun den 1. Stellvertreter machen soll!“ Man wollte also den Kommunisten ganz ablagen! Der Antrag wurde mit Stimmengleichheit abgelehnt. Jetzt erst merken die 2 Kommunisten, was „los“ war! Ob wohl die KPD-Vertreter im Sinne ihres Führers gehandelt haben? Oder hat er sie vor seinem Weggang so beraten? —

p. Rühlhena. Aus dem Gemeindeparslament. Nachdem vom Kollegium der Bau eines Zwölffamilienhauses beschlossen worden war, wurden die Maurerarbeiten der Firma Weisbach in Leipzig, die Zimmerarbeiten der Firma Thamm in Lindenthal, die Lieferung der Eisenträger der Firma Weithaus in Leipzig, die Dachdeckerarbeiten der Firma Otto Bachmann in Leipzig und die Klempnerarbeiten der Firma Richard Rühlhena in Leipzig übertragen. Die Ausschichtungsarbeiten haben bereits begonnen, wie auch die Wegeerneuerungsarbeiten des Kadefelder Weges durch die Firma Calcaparel in Angriff genommen worden sind. — Das Kollegium genehmigte die Verschmelzung der Fortbildungsschule mit der Berufsschule Lindenthal, obwohl der Gemeindevorstand vor Prüfung der Finanzfrage dem Beschluß widersprach.

k. Eilenburg. Die letzte Funktionärssitzung der SPD nahm zunächst den Bericht von der Bildungskonferenz entgegen. Der Vorschlag, ein Kulturkartell zu gründen, wurde abgelehnt, da unsere Genossen der Ansicht sind, daß unser Bildungsausschuß genügt. Weiter wurde zum Ausdruck gebracht, daß nach den Berichten in der Parteipresse überall Unterbezirkskonferenzen stattfinden, aber in unserem Bezirk ist eine solche noch nicht in die Wege geleitet. Die anwesenden Kreisvorstandsmitglieder wurden beauftragt, Schritte zu unternehmen, daß eine solche Konferenz in dem zentral gelegenen Eilenburg noch vor den Wahlen stattfindet. Auf die Gemeindevorstandskonferenz in Delitzsch wurde hingewiesen und ihr Besuch den Genossen nahegelegt. Im übrigen wurden noch örtliche Angelegenheiten besprochen.

— Einige Typhuskrankte aus Delitzsch wurden in das hiesige Krankenhaus eingeliefert. Es handelt sich um leichtere Fälle. Alle Vorsichtsmaßnahmen sind ergriffen, um eine Ausbreitung dieser gefährlichen Krankheit zu verhindern.



SINDBAD DER SALEM-RAUCHER erzählt weiter:

Die schwarzen Menschenfresser schleppten uns vor ihren Häuptling, der uns sogleich Nahrung reichen ließ, auf die sich meine Gefährten gierig stürzten. Aber der Genuß dieser Speisen raubte ihnen den Verstand. Sie wurden zu fetten Tieren und hopsten auf allen Vieren herum, bis sie geschlachtet und gebraten wurden. Allah sei Dank, daß ich von diesen Zauberfrüchten nicht gegessen hatte; denn während meine Gefährten sich stumpsinnig mästen ließen, sann ich unentwegt auf Rettung. Liebe Freunde, das nächste Mal will ich berichten, wie Allah mich aus dieser Gefahr befreite, aber laßt uns jetzt die Vertreterin aller Sorgen genießen, die süß duftende Freundin des stillen Genießers, die wunderbare

CIGARETTE SALEM AUSLESE



Heute in Deutschland in allen Spezialgeschäften erhältlich.